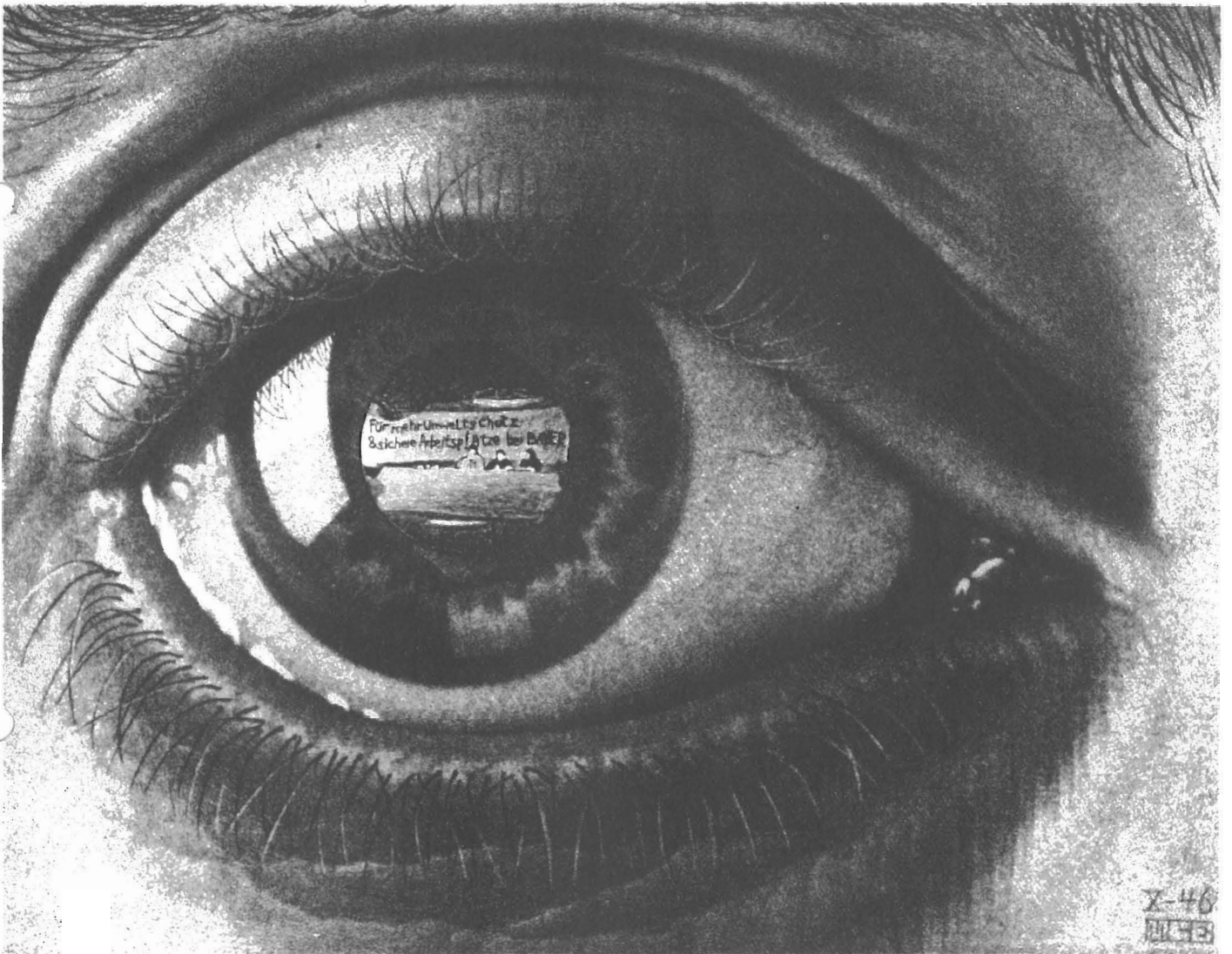


Stichwort: BAYER

Informationen zum multinationalen BAYER-Konzern

Probe-Exemplar **2,-** DM

Werkschutzprotokoll zeigt –



M. C. Escher

X-46
BAYER

BAYER bespitzelt Kritiker

Seite 2

Inhaltsverzeichnis

Aktiv	7	Das Imperium	12	Pestizide	12
Buchbesprechungen	14	Die Aktionärs- hauptversammlung	8	Pharma	11
		Gen-/Biotechnologie	10	Politik	12
		Gesellschaft	12	Prozeß	2
		125 Jahre BAYER	9	Standorte	12
		Impressum	16	Unfälle	10
		In eigener Sache	3	Unveröffentlicht	13
		Ökonomie	12	Wasser	10
				Wissenschaft/Forschung	13



Hilfe vom BAYER-Vorstand

Bekanntlich prozessiert BAYER gegen uns von der „Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.“ wegen Verleumdung.

Und bekanntlich haben wir am 20. November 1987 in der ersten Instanz einen Teil dieses Prozesses verloren. Es wurde uns untersagt, weiterhin zu behaupten: „Mißliebige Kritiker werden bespitzelt und unter Druck gesetzt, rechte und willfähige Politiker werden unterstützt und finanziert.“

Das Amtsgericht Köln stellte sich in seinem Urteil auf den Standpunkt:

1. Von „Bespitzelung“ könne in den von uns als Beweis angeführten Fällen nicht die Rede sein, da BAYER sich seine Informationen nicht verdeckt, sondern im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen beschafft habe; die Bespitzelten hätten ja gewußt, daß sie bespitzelt würden.
2. Die Finanzierung von Politikern sei nicht beweisbar, da wir zwar auf eine

staatsanwaltliche Ermittlung wegen illegaler Parteispenden verwiesen hätten, doch dieses Ermittlungsverfahren nicht beweisen könnten.

Nun ist es so, daß staatsanwaltliche Akten nur von Gerichten eingesehen werden können. Dementsprechend bitten wir das Gericht, sich selbst an die Staatsanwaltschaft Bonn zu wenden. Dies wurde als „unzulässiger Ausforschungsbeweis“ jedoch abgelehnt.

Bei BAYER war die Freude groß. Konnte der Konzern uns nun doch in aller Öffentlichkeit der Verleumdung bezichtigen und unsere Verlautbarun-

gen als „aus der Luft gegriffen“, „bar jedes Beweises“, „ohne jeden Wahrheitsgehalt“ etc. diffamieren.

Und doch ist richtig, was viele für „überspitzt“, „aggressiv“, „unsachlich“ etc. halten: BAYER bespitzelt Kritiker und finanziert Politiker.

In der jetzt angelaufenen zweiten Instanz des Prozesses haben wir neue Beweise vorgelegt. Wir haben aus der juristischen Haarspalterei gelernt. Wir berufen uns nun nicht mehr auf öffentlich allgemein bekannte Sachverhalte, sondern übergaben dem Gericht die der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Quellen:

1. Wir legten ein Original-BAYER-Werkschutz-Protokoll über die Bespitzelung einer schulinternen Veranstaltung zum Thema BAYER vor. Die Veranstaltung war ausdrücklich „nicht-öffentlich“, der BAYER-Spitzel trat verdeckt auf, den Bespitzelten war nicht bekannt, daß sie bespitzelt wurden.

2. Wir legten den Original Gerichtsbeschuß für das staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren gegen Vorstandsmitglieder des BAYER-Konzerns wegen illegaler Parteispenden vor.

Beide Dokumente haben weit über den Prozeß hinausreichende Bedeutung. Belegen sie doch, daß BAYER in geheimdienstähnlicher Manier arbeitet und eben doch finanziell auf politische Entwicklungen Einfluß nimmt.

Die ersten Äußerungen des BAYER-Anwaltes während des ersten Verhandlungstermins am 12.07.88 machen die Angelegenheit noch dramatischer. Zur Bespitzelung stellte er wörtlich fest: „Selbstverständlich überwacht meine Mandantin (gemeint ist die BAYER AG) alle Veranstaltungen, auf denen Themen behandelt werden, die für BAYER relevant sind.“ Begründung: „meine Mandantin muß sich gegen Terroristen und Bombenanschläge schützen. Ich will damit nicht sagen, daß diese unbedingt aus den Kreisen der Beklagten kommen.“

Es wird deutlich, daß wir nicht „verleumden, agitieren und polemisieren“, sondern wohlbegründete Meinungen vertreten.

Bleibt die Frage, wie wir an die Beweismittel, das BAYER-interne Werkschutz-Protokoll und den gerichtlichen Beweisbeschuß, gelangten? — Sie wurden uns aus Kreisen des BAYER-Vorstands zugespielt...

Mit umweltfreundlichen Grüßen

Ihr
Axel Köhler-Schnura

Prozeß

Der Fall Enßlin

Am Helmholtz-Gymnasium in Hilden unterrichtet der Lehrer Dr. Walter Enßlin. Er unterrichtet das Fach Chemie.

Die Stadt Hilden ist umgeben von drei BAYER-Standorten: Wuppertal mit seinem Werk und dem Pharma-Forschungszentrum im Nordosten, Monheim mit dem Pestizid-Forschungszentrum im Westen und Leverkusen mit dem Hauptwerk des Konzerns im Südwesten. Am Gymnasium sind auch Schüler, deren Eltern bei BAYER beschäftigt sind.

Dr. Enßlin behandelte im Rahmen des Leistungs- und Grundkurs-Unterrichtes auch das Thema „Lebensmittel und ihre Belastung durch die moderne Agro-Chem-

ie“. Um eine Vertiefung des Themas zu erreichen, setzte er sich sowohl mit der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ als auch mit dem BAYER-Konzern in Verbindung. Um eine unfruchtbare Podiumsdiskussion zu vermeiden, sollten beide Parteien ihre Meinung getrennt den Schülern zur Diskussion vorstellen.

Die Veranstaltung mit der Coordination fand am 27.01.1988 statt.

Soweit die Vorgeschichte.

Die Veranstaltung am 27.01.1988 wäre eine von vielen Veranstaltungen geblieben, zu denen die Coordination eingeladen wird, wäre der Coordination nicht im Mai des Jahres aus BAYER-Vorstandskreisen ein BAYER-Werkschutz-Bespitzelungsprotokoll zugespielt worden. Inhalt des Protokolls: Die Veranstaltung am 27.01.1988 in der Aula des Helmholtz-Gymnasiums in Hilden.

Auf drei Seiten berichtet ein BAYER-Werkschutz-Mitarbeiter namens Kramer über die nicht öffentliche Diskussionsveranstaltung. Es geht aus dem Protokoll hervor, daß Herr Kramer nicht zufällig aktiv wurde, sondern auf ausdrücklichen Wunsch der Öffentlichkeits-Abteilung des Konzerns hin. Auch geht aus dem Protokoll hervor, daß es sich hier nicht um eine Ein-

zelaktion handelt, sondern um eine Routineüberwachung. Sowohl Aufmachung u. Stil des Protokolls lassen darauf schließen, ebenso wie der ebenfalls vorliegende Verteiler des Protokolls.

Das Protokoll wurde von uns unmittelbar in dem gegen uns laufenden Prozeß des BAYER-Konzerns als Beweismittel eingebracht. Belegt es doch eindeutig, daß BAYER mit polizei- und geheimdienstähnlichen Methoden Kritiker bespitzelt. △

Bespitzelungsprotokoll vorgelegt

Am 12. Juli 1988 fand vor dem Presse-senat des Oberlandesgerichtes Köln der erste Verhandlungstermin in der zweiten Instanz des Prozesses des BAYER-Konzerns gegen uns und unseren Sprecher Axel Köhler-Schnura statt. BAYER zeigte sich sichtlich überrascht über die von der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ neu vorgelegten Beweise:

1. Ein Original-BAYER-Werkschutz-Bespitzelungsprotokoll einer schulinternen Veranstaltung in Hilden.

2. Den Ermittlungsbeschluß der Staatsanwaltschaft in Bonn gegen Vorstandsmitglieder des BAYER-Konzerns wegen illegaler Parteispenden.

Auch das Gericht nahm die Unruhe auf der BAYER-Bank zur Kenntnis. Wenn BAYER zu den vorgelegten Beweisen feststellte, daß der Werkschutz „grundsätzlich alle Veranstaltungen besucht, bei denen das Thema BAYER eine Rolle spielt“ und das Ermittlungsverfahren „ja nicht gegen BAYER, sondern den VCI gerichtet“ sei, so waren dies Argumente, die das Gericht sicherlich nicht überzeugten.

Die Verhandlungen am 12.07.1988 führten nicht zu einem Urteil. BAYER beantragte prozeßtaktisch einen Aufschub, um „zu den neuen Beweisen der Coordination Stellung nehmen zu können“ und erreichte damit die Verlegung der Verhandlung auf den 20. September 1988, 10.00 Uhr. So leerte sich nach über einstündiger Verhandlung der überfüllte Saal. Die Spannung bleibt weiter bestehen.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, dem nächsten Verhandlungstermin beizuwohnen:

Oberlandesgericht Köln
Reichensperger Platz 1
5000 Köln

20. September 1988, 10.00 Uhr
Raum 153

Plakat-Aktion

Mit einer bundesweiten Plakat-Aktion unter dem Motto „Goliath gegen David“ werden wir noch mehr Öffentlichkeit zu dem Prozeß des BAYER-Konzerns gegen uns und unseren Sprecher Axel Köhler-Schnura herstellen. Das Plakat wird von allen Standortgruppen verbreitet und kann bei der Geschäftsstelle angefordert werden.

Zur Finanzierung von Politikern

In der ersten Instanz des Prozesses des BAYER-Konzerns gegen uns hatte in der Auseinandersetzung um die Finanzierung von Parteien ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bonn wegen illegaler Parteienfinanzierung eine Rolle gespielt. Das Urteil der ersten Instanz wurde in diesem Punkt gerade deshalb zu unseren Ungunsten gefällt, weil sich das Gericht auf den Standpunkt stellte, daß unsere Bitte nach Einsicht in die Akten einen „unzulässigen Ausforschungsbeweis“ darstelle. Wir hatten zum damaligen Zeitpunkt das Gericht lediglich über die Existenz dieses Verfahrens informiert und das Gericht gebeten, sich selbst bei der Staatsanwaltschaft Bonn über den Inhalt des Verfahrens zu informieren.

Das Urteil des Gerichtes enthält deshalb besondere Tücken, weil es für Außenstehende – außer für Gerichte – nicht möglich ist, in staatsanwaltschaftliche Akten Einsicht zu nehmen. Es wäre also für uns normalerweise unmöglich gewesen, über den Inhalt des Ermittlungsverfahrens Kenntnis zu erlangen.

Und dennoch konnten wir nur dem Gericht der zweiten Instanz den Beschluß des Amtsgerichtes Bonn zu einem „Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen der Firmen:

1. BAYER AG, Leverkusen, Az.: 42 JS 186/82, Staatsanwaltschaft Bonn... wegen illegaler Parteienfinanzierung vorlegen.

Damit konnten wir das Dilemma der ersten Instanz lösen. Sehr zum Erstaunen der BAYER-Anwälte. △

Neue Adressen für Stellungnahmen

Nach wie vor treffen bei uns Kopien von Protesterkklärungen und Stellungnahmen zum Prozeß des BAYER-Konzerns gegen uns ein. Wir danken allen, die sich in dieser Weise für uns einsetzen und bitten zugleich darum, auch weiterhin beim BAYER-Konzern und beim Oberlandesgericht Köln gegen diesen Prozeß zu protestieren:

BAYER
Vorstand/Aufsichtsrat
5090 Leverkusen

Oberlandesgericht Köln
Pressesenat
Reichensperger Platz 1
5000 Köln

Wir bitten darum, uns eine Kopie der Stellungnahmen zu übersenden. △

Neue Dokumentation erhältlich

Mittlerweile dauert der Prozeß des BAYER-Konzerns gegen uns schon ein ganzes Jahr. Die Materialien allein der ersten Instanz umfassen mehr als 200 Seiten. In der zweiten Instanz sind bereits nahezu 100 Seiten hinzugekommen.

Die Prozeßdokumentation „Prozess I“ enthält sämtliche Materialien der ersten Instanz.: Die Schriftsätze, das Urteil, die Stellungnahme und einen Auszug aus dem Medien-Echo.

Sie kann für DM 25,-- zzgl. DM 5,-- für Porto/Verpackung in der der Geschäftsstelle angefordert werden.

Die Dokumentation „Prozeß II“ enthält alle Materialien der zweiten Instanz: Die Schriftsätze, die Stellungnahmen und einen Auszug aus dem Medien-Echo. Naturgemäß ist diese Dokumentation bisher weniger umfangreich als die zur ersten Instanz. Dementsprechend kann sie für DM 10,-- zzgl. DM 5,-- für Porto/Verpackung in der Geschäftsstelle bezogen werden.

Wer bereits Teile hat, kann sich an Uwe Friedrich: 0212/ 33 49 54 wenden und für einen Aufpreis seine Dokumentation aktualisieren lassen. △

In eigener Sache

Solidarität mit Friedel Geisler I

Mit Brief vom 28.04.1988 wurde unserem Vorstandsmitglied, Frau Pastorin Friedel Geisler, durch den Superintendenten von Solingen, Herrn Günther, mitgeteilt, daß ihr der Pastorentitel aberkannt worden sei. Es kam in der Folge zu vielfältigen Protesten innerhalb und außerhalb der Kirche.

Am 28.05.1988 beschäftigte sich auch die Kreissynode mit dem „Fall Geisler“.

Die evangelische Kirche stellt sich auf den Standpunkt: „...daß die dargestellte Unrechtssituation in dieser Weise nicht besteht“ (Brief der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 16.05.1988), die Aberkennung des Pastorentitels „...ist geschehen in Zusammenhang mit einem Arbeitsgerichtsprozeß, den Frau Geisler gegen den Evangelischen Kirchenkreis Solingen angestrebt hat. In dieser Verfügung des Landeskirchenamtes wurde festgestellt, daß die rechtlichen Voraussetzungen für die Führung der Dienstbezeichnung 'Pastorin' im besonderen Falle von Frau Geisler nicht gegeben sind, da sie weder die Voraussetzung des § 3 noch die des § 4 des Gemeinde-Missionarsgesetzes erfüllt“ (Brief des Superintendenten Günther vom 25.05.1988).

Unabhängig davon, daß

1. Herr Rechtsanwalt Wiesner keinerlei rechtliche Grundlage für die Aberkennung des Pastorentitels sieht (vergl. Brief an die Evangelische Kirche im Rheinland vom 10.05.1988) und
2. Frau Geisler selbst sich in einer persönlichen Erklärung gegen die Vermengung der Aberkennung mit einem laufenden Arbeitsgerichtsverfahren zur Klärung von Vergütungsfragen wehrt (vergl. Erklärung vom 28.05.1988),

können wir in der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ der Argumentation der Landeskirchenleitung nicht folgen. Zu viele Indizien sprechen für eine politische Sanktion der BAYER-kritischen Arbeit unseres



Eine starke Sache, die gut schmeckt.

AUS NICARAGUA

3 Pfund im Monats-Abo
35,- DM (incl. Versand)

Unsere Idee: **Nicaragua-Kaffee** im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich – direkt ins Haus. Kein Vergessen, kein Suchen – und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig.

Für Wiederverkäufer, Kneipen, Solidaritäts-Gruppen u. Initiativen

Ab 30 Pfd.	250 g	5,15 DM
gemahlen oder in Bohnen	500 g	9,90 DM
Ab 100 Pfd.	250 g	5,00 DM
gemahlen oder in Bohnen	500 g	9,60 DM

(incl. MwSt, Verpackung + Porto)

Solidaritätsshop Dritte Welt
Hamburger Allee 52
6000 Frankfurt/Main 90
Tel. 069/77 88 63



Vorstandsmitglied Friedel Geisler und unseres Selbsthilfe-Netzwerkes:

- Seit Anbeginn unserer Arbeit ist uns bekannt, daß es vielfältige Verquickungen auf allen Ebenen zwischen Kirche und BAYER gibt. Auch wissen wir, daß der BAYER-Konzern bzw. seine Mitarbeiter erheblich zum Kirchensteueraufkommen beitragen (an die evangelische Kirche fließen aus dem Bereich BAYER ca. 24 Mio. DM). Und schließlich ist uns bekannt, daß der Konzern ihm gegebene Möglichkeiten stets zur Einflußnahme in seinem Interesse nutzt.
- Im Rahmen unserer Arbeit wurden wir seit 1983 des öfteren mit der Meinung des Kirchenkreises Leverkusen (bekanntlich Sitz der BAYER-Konzernzentrale) derart konfrontiert, daß dieser Kirchenkreis unsere Arbeit und jeglichen Dialog mit uns ablehnt, dem Konzern gegenüber weitgehend unkritisch ist und schließlich sogar sich bei finanzieller Unterstützung unserer Arbeit durch die evangelische Kirche querlegt.
- Frau Geisler wurde 1987/88 mehrfach von der Landeskirche und vom Superintendenten „zum Gespräch geladen“. Einziges Thema: ihre kritische Arbeit zum multinationalen BAYER-Konzern im Rahmen unseres Netzwerkes. Die Landeskirche nahm dabei stets eine ablehnende und mißbilligende Haltung gegenüber der Arbeit von Frau Geisler ein.
- Bei einem dieser Gespräche, die im übrigen durchaus ausforschenden Charakter trugen, wurde Frau Geisler vom Superintendenten Günther aufgefordert, ihren Pastorentitel „freiwillig niederzulegen“, weil sie mit ihrer „BAYER-Arbeit dem Ansehen der Kirche“ schade.
- Am 28.05.1988 trat Herr Günther in Anwesenheit eines Vertreters der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ vor die Kamera des WDR und bestätigte erneut, daß der Anlaß für die in Gang gesetzte Aberkennungsprozedur die kritische BAYER-Arbeit von Frau Geisler sei.
- Und schon früher tauchte die Formulierung auf, daß die kritische BAYER-Arbeit unseres Netzwerkes „dem Ansehen schade“. Und zwar auch im kirchlichen Kontext: In einem Schreiben der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) an die Evangelische Akademie Mülheim im Frühjahr 1987.

Insgesamt drängt sich uns der Eindruck auf, daß sich die evangelische Kirche an die Seite des Konzerns stellt und darüber hinaus sogar Druck auf uns ausübt. So bekam z.B. unser Netzwerk im Jahr 1986 vom dafür zuständigen ABP-Ausschuß der Evangelischen Kirche einen geringfügigen Zuschuß zu einer vom Bischof von Rio de Janeiro befürworteten Reise eines brasilianischen BAYER-Kollegen zur BAYER-Aktionärs-Hauptversammlung im Köln. Unseres Wissens intervenierte der BAYER-Konzern in der Folge und kritisierte die evangelische Kirche. Seitdem wurden alle unsere Zuschuß-Anträge an dem ABP abgelehnt.

Es wird deutlich:

- Die evangelische Kirche stimmt ihr Vorgehen mit BAYER ab. Insbesondere ist Herr Lettinghausen wohl einer der Kontaktleute.
- Die evangelische Kirche übernimmt unkritisch Meinungen des Konzerns und hält sie auch nach Richtigstellung durch

uns aufrecht (z.B. bei der Bewertung des von BAYER gegen uns geführten Prozesses).

Nicht nur wir bekommen den Druck der evangelischen Kirche in Sachen BAYER zu spüren, sondern z.B. auch der brasilianische Filmemacher Frederico Füllgraf. Er drehte vor mehreren Jahren mit Unterstützung der evangelischen Kirche einen Film, der sich u.a. mit BAYER do Brasil beschäftigt („Unser täglich Gift...“). Wie uns bekannt ist, hat BAYER bei der evangelischen Kirche interveniert und erreicht, daß der Film aus dem Verkehr gezogen werden soll. Stattdessen soll ein Film in Zusammenarbeit mit BAYER entstehen.

Wir möchten ausdrücklich der Meinung vorbeugen, wir würden mit dem „Fall Geisler“ eine „politische Suppe kochen“. Nicht wir haben die Kirche kritisiert, sondern diese übt bis dato Druck auf uns und unsere Arbeit aus und verweigert uns und insbesondere den bei uns mitarbeitenden kirchlichen Kräften im In- und Ausland die Solidarität. Dabei sind wir nach wie vor der Meinung, daß es eigentlich angebracht ist, gemeinsam dafür zu sorgen, daß den für Mensch und Umwelt abträglichen Nebenwirkungen der Tätigkeit des multinationalen BAYER-Konzerns ein Ende bereitet wird. Wir – die evangelische Kirche und die „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ – sollten dafür den Dialog und die solidarische Zusammenarbeit aufgrund unserer gemeinsamen Interessen pflegen. Dazu ist es nicht angetan, von seiten der evangelischen Kirche Druck auf uns sowie auf bei uns mitarbeitende Kirchenmitglieder auszuüben. Wir hoffen, daß die evangelische Kirche im Falle unseres Vorstandsmitgliedes Frau Pastorin Friedel Geisler einlenkt. △

Solidarität mit Friedel Geisler II

Unser Vorstandsmitglied, Frau Pastorin Friedel Geisler, bekommt in der Auseinandersetzung mit der Evangelischen Kir-

che im Rheinland um die Aberkennung ihres Pastorentitels umfangreiche Solidarität. Von Anbeginn an fand sie die Unterstützung der Solidarischen Kirche im Rheinland und vieler anderer.

Schreiben zur persönlichen Unterstützung von Frau Geisler sind erbeten an:

Friedel Geisler
Junkerstraße 22
5650 Solingen 11

Anfragen und Auskünfte können eingeholt werden (Kopie zur Information an Frau Geisler):

Superintendent E. Günther
Evangelischer Kirchenkreis Solingen
Postfach 10 10 86
5650 Solingen 1

Evangelische Kirche im Rheinland
Präses G. Brandt
Hans-Böckler-Str. 7
4000 Düsseldorf 30

Spenden zur Unterstützung der Solidaritätsarbeit sind erbeten:

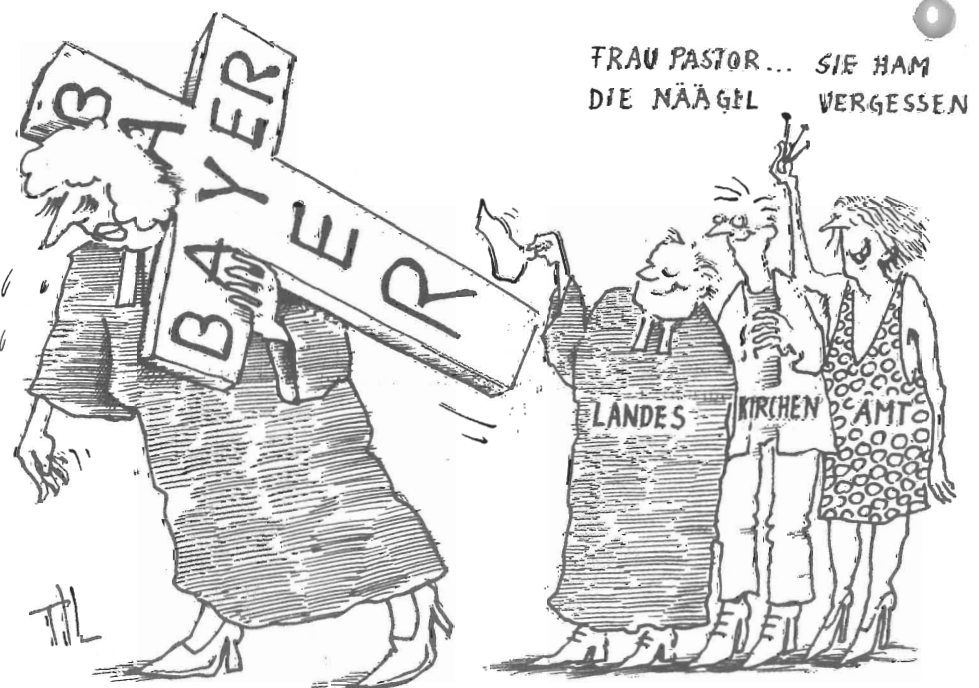
Solidarische Kirche Rheinland
Andreas de Kleine
Sonderkonto „Solidarität F. Geisler“
Stadtparkasse Wuppertal
Kto. 53 96 19
BLZ 330 500 00 △

Solidarität mit Friedel Geisler III

Mittlerweile wurde der „Fall Geisler“ von der Solidarischen Kirche im Rheinland und der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ umfangreich dokumentiert. Damit soll allen Interessierten die Möglichkeit gegeben werden, sich selbst aus den Dokumenten ein Bild über das Vorgehen der Landeskirchenleitung gegen eine kritische Pastorin zu machen.

Die Dokumentation besteht aus vier Teilen:

- Dokumentation 1/ Der Fall Geisler im Überblick
- Dokumentation 2/ Dokumente zur Aus-



einandersetzung mit der Landeskirchenleitung
 - Dokumentation 3/Briefe an die Kirche
 - Dokumentation 4/Pressespiegel
 Jede der vier Dokumentationen ist einzeln erhältlich und kostet DM 5,-, alle vier Dokumentationen zusammen DM 20,-, Hinzu kommen Porto/Verpackungskosten in Höhe von weiteren DM 5,-. Die Bestellungen werden nur erledigt, wenn ein Scheck über den entsprechenden Betrag beiliegt. Dies ist erforderlich, weil wir als ehrenamtlich arbeitendes Netzwerk nicht in der Lage sind, gegen Rechnung auszuliefern und die Zahlungen entsprechend zu überwachen. Wir bitten um Verständnis.
 Bestellungen bitte an:

Coordination gegen
 BAYER-Gefahren e.V.
 Hofstraße 27a
 5650 Solingen 11

Kirchenleitung gibt BAYER-Druck nach

Auf der Aktionärs-Hauptversammlung des BAYER-Konzerns im Jahr 1987 trat ein gewisser Herr Ertel ans Mikrophon und machte sich öffentlich „Gedanken darüber, wie einzelne Instanzen unserer Kirche... gegen BAYER agitieren.“ Er rechnete vor, daß „BAYER-Mitarbeiter... durch ihre Kirchensteuern die Agitation gegen ihre eigene Firma“ mitfinanzieren:

- DM 85.000,- aus Kirchensteuermitteln für einen „Agitationsfilm“ aus Brasilien, der darüber hinaus auch noch von „Brot für die Welt“ „ausdrücklich empfohlen“ und von den evangelischen Landeskirchen der Bundesrepublik „in den Verleih genommen“ wurde.
- Die Finanzierung eines „Podiums für kommunistische Agitation“ im Rahmen eines Seminars der Evangelischen Akademie Mülheim für den „DKP-Funktionär Köhler-Schnura“.
- DM 3.000,- aus Kirchensteuermitteln für „die Anreize eines sog. 'Alternativen Aktionärs' aus Brasilien zur BAYER-Hauptversammlung 1986“.

Nach diesen „bemerkenswerten Fakten“ (Vorstandsvorsitzender H.J. Strenger) stellte Herr Ertel die Frage: „Wie hoch ist eigentlich das Kirchensteueraufkommen, das für die Mitarbeiter der fünf deutschen BAYER-Werke abgeführt wird?“ Der Vorstandsvorsitzende nahm den Ball gerne auf: „Die Mitarbeiter des Konzerns zahlen 53 Mio. DM an Kirchensteuern, davon 24 Mio. DM an die evangelische Kirche.“

Ebenso wie viele andere Aktionsgruppen, die sich developmentpolitisch betätigen, hat sich die „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ 1986 erstmals an den „Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik der kirchlichen Entwicklungsdienste“ (ABP) gewandt.

Dieser Ausschuß der evangelischen Kirche bietet in der Bundesrepublik eine der wenigen Möglichkeiten, außerhalb der öffentlichen und offiziellen Förderung Finanzzuschüsse für developmentpolitische Arbeit zu beantragen. Und da in unserem Netzwerk auch sehr viele kirchliche Kräfte mitarbeiten, war es nur logisch, 1986 einen Reisekostenzuschuß für die Reise eines brasilianischen ehemaligen BAYER-Kollegen zu beantragen.

Der ABP bewilligte DM 3.000,-. Die Reise fand statt, der brasilianische Kollege trat auf der BAYER-Hauptversammlung 1987 auf und berichtete über die Zustände bei BAYER DO BRASIL.

Anlaß für den Konzern, bei der evangelischen Kirche Protest einzulegen. Mit Erfolg, denn ein parallel gestellter Antrag auf Förderung in Höhe von ca. DM 30.000,- für das Jahr 1987 wurde ohne sachliche Begründung vom ABP abgelehnt.

In Abstimmung mit einem Vertreter der „Kirchlichen Entwicklungsdienste“ (KED) wurde 1987 ein neuer Antrag für das Jahr 1988 gestellt. Nach zahllosen Vertröstungen und Weiterverweisen wurde uns mitgeteilt, daß auch dieser Antrag abgelehnt worden sei. Ebenso wie der erste Antrag zunächst ohne Begründung.

Dennoch wollte der Ausschuß mit uns über unsere Arbeit und „weitere Möglichkeiten“ sprechen. Am 15. April fand das Gespräch in den Räumen der „Evangelischen Kirche im Rheinland“ (EKiR) statt. Eine Begründung für die Ablehnung unseres Antrags wurde dort allerdings auch nicht gegeben. Oberkirchenrat Schroer, der Ausschußvorsitzende des ABP, sah sich dazu nicht in der Lage. Und dies, obwohl der Antrag in Zusammenarbeit mit seinem persönlichen Referenten entstanden ist und von diesem als „sehr tragfähig“ bewertet wurde.

Am Ende des Gesprächs entschlüpfte Herrn Schroer allerdings eine Bemerkung, die deutlich macht, weshalb unsere Anträge trotz aller positiven Inhalte keine kirchliche Förderung erfahren: Es könne solange keine Förderung geben, wie aus dem Kirchenkreis Leverkusen (dem Sitz der Konzernzentrale des BAYER-Konzerns) „kein Verständnis für die Arbeit der Coordination zu erwarten sei“.

Wir bestanden jedoch weiterhin auf einer schriftlichen Begründung der Ablehnung des Antrags. Ende Juni traf diese endlich bei uns ein. In ihr liest sich die Blockade des Kirchenkreises Leverkusen so: „Die vom Antragsteller geplanten Vorhaben sehen eine Beteiligung vor allem des Kirchenkreises Leverkusen nicht vor.“

Auch ist es offensichtlich Vorbedingung für die Unterstützung von Anträgen, daß der BAYER-Konzern nicht nur über Vorhaben und Aktionen unsererseits rechtzeitig informiert, sondern in die Vorbereitung einbezogen wird: „Erfahrungen haben gezeigt, daß Aufmerksamkeit unter den Betroffenen dann am ehesten zu wecken ist, wenn diese von einer Aktion nicht überrascht, sondern rechtzeitig informiert und schon in die Vorbereitung einbezogen werden.“

Noch einen weiteren Grund nennt Herr Schroer jetzt in seinem Brief: Die Kritik am 125jährigen Jubiläum ist ungeeignet, weil sie zur Zeit des Jubiläums stattfindet. „Das Jubiläum kann sich als Lernbarriere und Verweigerung von Informationen erweisen.“

Die Ablehnung der Förderung der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ hat Parallelen. So organisierte etwa der HOECHST-Konzern eine angeblich spürbare Zahl von Kirchengaustritten wegen der finanziellen Unterstützung der „BUKO-Pharma-Kampagne“ durch den ABP. Die BUKO-Leute hatten sich für den Konzern zu intensiv und zu kritisch mit der Vermarktung von HOECHST-Medikamenten in



Kulisse aus Hochglanzpapier

BAYER ist einer der größten Konzerne der Welt. Mit der chemischen Produktion bei BAYER und den unzähligen BAYER-Produkten verbinden sich große Probleme für Mensch und Umwelt. Wie bei anderen multinationalen Konzernen auch. In der Regel wird nur das Wenigste von diesen Problemen bekannt.

„Stichwort: BAYER“ schafft hier Abhilfe. Dieser Informationsdienst der Coordination gegen BAYER-Gefahren erscheint mit 6 Ausgaben im Jahr, klärt auf und enthüllt, was hinter den Hochglanzberichten der Konzernpropaganda steckt.

„Stichwort: BAYER“ ist ein Informationsdienst für Journalisten, Dritte-Welt-Gruppen, Bürgerinitiativen, Gewerkschafter, Parteien, Umweltschutzorganisationen, Verbraucherschutzverbände, Tierschützer, kritische Ärzte und andere Interessierte.

Die kostengünstigste Möglichkeit, an „Stichwort: BAYER“ zu kommen, erfordert lediglich DM 30,- pro Jahr.

Widerrufsbelehrung

Mir ist bekannt, daß ich dieses Abo innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt der Poststempel.

Coupon ausfüllen und einsenden an: Coordination gegen BAYER-Gefahren, Jägerstr. 78, 4000 Düsseldorf 1. Bitte Absender angehen.

- Ich/Wir möchte/n „Stichwort: BAYER“ abonnieren
- Journalistenabo incl. Pressematerial DM 70,-
- Förderabo SelbstEinstufung mind. DM 70,- DM _____
- Gruppenabo (5 Exemplare/Ausgabe) DM 70,-
- Einzelabo DM 30,-

Datum _____ Unterschrift _____

Widerrufsbelehrung

Mir ist bekannt, daß ich dieses Abo innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt der Poststempel.

Datum _____ Unterschrift _____

der Dritten Welt auseinandergesetzt. Die weitere Förderung hing 1987 in der Luft. Nach langen Diskussionen und Auseinandersetzungen erhielt die Pharma-Kampagne für das Geschäftsjahr 1988/89 allerdings noch einmal einen Zuschuß vom ABP in Höhe von 110.000,- DM.

Das Frankfurter „Volkmund-Büro“ kam nicht so glimpflich davon. Ihm wurde jetzt die weitere Förderung durch das ABP verweigert. Der MC DONALDS-Konzern hatte öffentlich mit dem Kirchenaustritt seiner Lizenznehmer gedroht, „wenn weiterhin mit Kirchensteuermitteln gegen ihn agitiert wird“.

Und ebenso wie unser Vorstandsmitglied, Frau Pastorin Friedel Geisler, der ja bekanntlich durch die „Evangelische Kirche im Rheinland“ wegen ihrer BAYER-kritischen Arbeit der Pastorentitel aberkannt wurde, hat Pfarrer Winfried Penk den Zorn seiner Landeskirche auf sich gezogen, weil der Geistliche mit anderen Bürgern beim hessischen Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit die Stilllegung des Kraftwerkes Biblis beantragt hatte. „Viele Mitarbeiter sind empört und fragen sich, warum sie mit ihrer Kirchensteuer das Handeln von Pfarrer Penk gegen das KKW und sich finanzieren sollen. Und sie verstehen nicht, wenn die Kirche den Chaoten eine Heimat bietet, die Mitarbeiter von Kernkraftwerken aber zu Freiwild macht.“ – So die KKW-Befürworter.

Und auch der Pfarrer, der sich engagiert gegen die – mittlerweile nicht mehr genehmigte – neu geplante Teststrecke des DAIMLER BENZ-Konzerns gewandt hatte, bekam den Zorn seiner kirchlichen Vorgesetzten zu spüren: Eine Strafversetzung stand an.

In allen Fällen nutzen die Konzerne – ebenso wie BAYER – ihre Verbindungen und Verflechtungen mit der Kirche zur Durchsetzung ihrer Interessen. Und die Kirche verweigert – so auch in unserem Fall – im Interesse der Konzerne die von den engagierten Gruppen dringend benötigte Unterstützung. Statt das Engagement zu schützen und zu fördern, gibt die Kirche den Druck weiter. △

Friedel Geisler gibt Druck der Kirchenleitung nicht nach

„Die Solinger Gemeindepastorin Elfriede Geisler ist nicht berechtigt, in ihrer derzeitigen Tätigkeit die Dienstbezeichnung 'Pastorin' zu führen. Dies stellt die Leitung der rheinischen Landeskirche auf ihrer Sitzung am 7. Juli in Düsseldorf fest. ...Der Beschluß der Kirchenleitung bestätigt die bereits zuvor vom Landeskirchenamt vertretene Rechtsauffassung im Fall von Elfriede Geisler.“ – So eine Meldung des Ev. Pressedienstes (epd) vom 12.07.88.

Friedel Geisler selbst erfuhr von dem Beschluß der Landeskirchenleitung eben über die zitierte epd-Meldung. Die Kirchenleitung sah sich nicht genötigt, der Betroffenen persönlich Rede und Antwort über ihr Vorgehen zu geben. Womit sich der langen Reihe von Merkwürdigkeiten in diesem Fall, eine weitere hinzufügt.

Seit nunmehr Mai 1988 dauert die Auseinandersetzung um den Pastorentitel von Frau Geisler an. Trotz zahlreicher Bitten,

Proteste und Stellungnahmen ist die Landeskirchenleitung offensichtlich nicht bereit, einzulenken und ihren Beschluß rückgängig zu machen.

Unser Vorstandsmitglied Friedel Geisler wird sich nach eigenem Bekunden dem Druck der Kirchenleitung nicht beugen und ihren Titel weiterführen. Sie sieht – ebenso wie die Solidarische Kirche, wir von der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ u.v.a.m. – in dem Vorgehen der Kirchenleitung eine disziplinarische Maßnahme we-

gen Ihres kritischen BAYER-Engagements. Zahlreiche Indizien belegen dies.

Frau Geisler, wir von der Coordination, die Solidarische Kirche und viele andere fordern die Landeskirchenleitung auf, das Aberkennungsverfahren einzustellen und stattdessen konzernkritischer Arbeit im Interesse des Erhalts der Schöpfung kirchlichen Schutz und Förderung zu gewähren.

Alle Freunde und Förderer bitten wir, auch weiterhin Solidarität mit Friedel Geisler zu üben. △

Grundsätze für BAYER-Gespräche veröffentlicht

Anläßlich eines Angebots der „Evangelischen Kirche im Rheinland“ (EKiR), Gespräche zwischen der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ (CBG) und dem BAYER-Konzern zu vermitteln, entschloß sich der Vorstand der CBG, seine „Grundsätze für offizielle Gespräche mit BAYER“ zu veröffentlichen:

A) Grundsätzlich sieht die „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ in Gesprächen ein wesentliches Instrument zur Durchsetzung ihrer in der Satzung formulierten Ziele; vor allem zur Erlangung einer menschen- und umweltverträglichen Produktion bei BAYER, sowie der entsprechenden Produkte.

B) Die „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ strebt das Gespräch mit dem BAYER-Konzern auf allen Ebenen und bei allen sich bietenden Gelegenheiten an.

C) Da aufgrund der Bedeutung des BAYER-Konzerns mit der BAYER-Problematik zusammenhängende Gespräche von erhöhter öffentlicher Bedeutung sind und zudem oftmals weitreichende, nicht unbedingt unmittelbar zu überschauende Konsequenzen haben, halten sich die „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ sowie deren Vertreter an folgende Grundsätze:

1. Die „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ versteht sich als Netzwerk. Keine Ein-

zelperson kann für die Organisation als Ganzes sprechen. An Gesprächen nehmen deshalb mindestens zwei mit Mandat ausgestattete Vertreter der Coordination teil.

2. Die Gesprächsparteien legen die Zusammensetzung und Zahl der Gesprächsteilnehmer in eigener Verantwortung fest. Negativ-Auslesen und Teilnehmerbeschränkungen finden nicht statt.

3. Die Coordination finanziert die Teilnahme an Gesprächen in eigener Verantwortung. Weder die Organisation noch ihre Vertreter nehmen Geld von der Gegenseite an; auch nicht für Reisekosten.

4. Öffentlichkeit der Gespräche muß stets gewährleistet sein. Die Vertreter der Coordination haben das Recht der Weitergabe von Gesprächsinformationen. Ebenso können sie jederzeit Dritte zu den Gesprächen hinzuziehen.

5. Die Tagesordnung für die Gespräche wird jeweils mindestens vier Wochen vorher festgelegt.

6. Es gibt keine Gesprächsprotokolle, denen beide Seiten zustimmen müssen.

7. Die Aufnahme und Durchführung von Gesprächen verpflichtet nicht zur Fortführung in der Zukunft. △

Standortgruppen

Immer wieder einmal haben wir darüber berichtet, daß es an verschiedenen Standorten des BAYER-Konzerns Kontaktpersonen oder aktive Gruppen gibt. Mitglieder und Interessenten, die an Standorten von BAYER-Werken oder Tochtergesellschaften wohnen, können in solchen Gruppen tätig werden – soweit sie es nicht bereits sind.

Ob vor Ort eine Aktionsgruppe existiert und wer die Kontaktperson ist, kann in der Geschäftsstelle in Solingen erfragt werden (0212 / 33 49 54).

Selbstverständlich ist es auch sinnvoll, an Standorten, an denen noch keine Gruppen arbeiten, selbst die Initiative zu ergreifen. Die Geschäftsstelle gibt hierbei Hilfe- stellung. △

Wichtig: Mitgliederversammlung und Seminar

Wir laden alle Mitglieder herzlich ein, an der Mitgliederversammlung am Sonntag, dem 25. September ab 9.00 Uhr teilzunehmen. Die Teilnahme kostet DM 30,-.

Die Mitgliederversammlung findet im Rahmen des Seminars „125 Jahre BAYER – 125 Jahre Umweltverseuchung und Menschengefährdung“ statt. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen, am Seminar teilzunehmen. Das Seminar dauert vom

23.09. bis 25.09. Allerdings können Mitglieder, die an der Mitgliederversammlung teilnehmen, den Sonntagvormittag nicht am Seminarprogramm teilnehmen. Hier finden beide Veranstaltungen parallel statt.

Die Teilnahme am Seminar kostet DM 70,— für zwei Übernachtungen und die gesamte Verpflegung. Selbstverständlich entfällt im Falle der Teilnahme am Seminar die Teilnahmegebühr für die Mitgliederversammlung.

Wir bitten alle Mitglieder, sich umgehend anzumelden und in ihrer Anmeldung deutlich zu machen, ob sie an dem gesamten Wochenende teilnehmen oder nur an der Mitgliederversammlung am Sonntag. Bitte der Anmeldung einen entsprechenden Scheck beilegen. Die Anmeldung ist nur mit Bezahlung des Teilnahmebeitrages gültig.

Der genaue Ort der Mitgliederversammlung/des Seminars wird mitgeteilt, wenn die Anmeldung bei uns vorliegt. △

Grundlagen-Seminar

Mittlerweile im dritten Jahrgang, bieten wir für alle Interessierten unser „Grundlagen-Seminar“ an. Es wird ein erster Überblick über den multinationalen BAYER-Konzern gegeben. Welche Produkte stellt dieser Konzern her, an welchen Produktions-Standorten wird produziert, wie funktioniert dieser Konzern, welche Probleme ergeben sich hieraus? Natürlich wird auch die Frage behandelt, welche Möglichkeiten gibt es, sich kritisch mit dem BAYER-Konzern auseinanderzusetzen.

Für Mitglieder und Abonnenten ist dieses Seminar besonders geeignet. Es ist aber sicherlich auch für alle interessant, die sich im Umweltschutz, in der Dritten Welt-Arbeit, der Gewerkschaftsarbeit etc. mit multinationalen Konzernen auseinandersetzen.

Das Seminar findet statt vom 06.-09. Oktober 1988. Der genaue Tagungsort und die Anreisemöglichkeiten werden bei Anmeldung bekanntgegeben. Die Anmeldegebühr beträgt DM 70,— (bitte Scheck beilegen). Anmeldungen bei:

Coordination gegen
BAYER-Gefahren e.V.
Hofstraße 27a
5650 Solingen 11

Die Anmeldung ist nur bei Begleichung der Gebühren gültig. △

So arbeiten die BAYER-Spitzel

Am 16. März 1988 lädt die Leverkusener Standortgruppe der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ zu einer Diskussionsveranstaltung ein. Vor der Veranstaltung stellt sich gegenüber einem Mitglied der Standortgruppe ein junger Mann vor, der nach eigener Aussage auf die Ankündigung in der örtlichen Presse reagiert habe. Er sei Student aus Münster und schreibe ab und an für kleinere Zeitungen.

Am 17. Mai 1988 findet in Bonn die Pressekonzferenz der Projektgruppe „Kritische BAYER-Aktionäre“ der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ statt. Zufällig ist auch ein Vertreter der Leverkusener Standortgruppe anwesend. Er trifft dort den „jungen Mann aus Münster“ wieder. Dieser trägt sich in die Anwesenheitsliste als Norbert Essing, Echener-Straße 19, 4400 Münster – freier Journalist/Student – ein.

Am 22. Juni 1988 findet in Köln in den Messehallen die Hauptversammlung des BAYER-Konzerns statt. Vor dem Eingang verteilen verschiedene Umweltschutz-Gruppen und Tierschützer ihre Flugblätter und demonstrieren mit Transparenten. Darunter auch Mitglieder der Standortgruppe Leverkusen. Da tritt der freie Journalist und Student aus Münster plötzlich wieder in Erscheinung. Allerdings in einer Uniform des BAYER-Werkschutzes. △

Bitte Rechnungen bezahlen

Zu Beginn des Jahres haben alle Mitglieder und Abonnenten Ihre Jahresrechnung bekommen. Mittlerweile wurde bereits gemahnt. Und trotzdem sind längst nicht alle Rechnungen bezahlt.

Da wir weitgehend auf Eigenfinanzierung angewiesen sind, hat die Bezahlung der Jahresrechnungen für uns besondere Bedeutung. Wir bitten alle Mitglieder und Abonnenten – soweit noch nicht geschehen –, Ihre Rechnung umgehend zu begleichen.

Mit der gleichen Bitte wenden wir uns auch an diejenigen, die bei uns Rechnungen für alternative Aktien oder anderes Material offen haben. Wir brauchen jeden Pfennig.

Vielen Dank. △

Aktiv

SCHERING-AKTIONS-Netzwerk gegründet

Das „SCHERING-AKTIONS-Netzwerk (SchAN) wurde erfolgreich aus der Taufe gehoben. Es trat auf der Hauptversammlung des SCHERING-Konzerns im Juni das erste Mal mit Aktionen und mit dem Auftreten kritischer Aktionäre in Erscheinung.

Die „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ freut sich, daß damit ihr Ansatz konzernkritischer Arbeit erstmalig in der Bundesrepublik Nachahmung gefunden hat: Vernetzung von Konzernkritik über Länder- und weltanschauliche Grenzen hinweg.

Wir wünschen dem neuen Netzwerk für die weitere Arbeit alles Gute und viel Erfolg und versichern, zu unterstützen, soweit es in unseren Kräften steht.

Für alle am multinationalen Chemie-Konzern SCHERING Interessierte:

SCHERING-AKTIONS-Netzwerk
c/o Henry Mathews
Gustav-Müller-Straße 9
1000 Berlin 62
030 – 78 25 70 9

△

Anfrage der grünen Kreistagsfraktion Neuss

Die Kreistagsfraktion der GRÜNEN in Neuss hat folgende schriftliche Anfrage gestellt:

1. Welchen Kenntnisstand hat die Kreisverwaltung über die Produktion, die Zwischenlagerung und den Transport bzw. die Transportwege von PHOSGEN bei BAYER/Dormagen, insbesondere über die Sicherheitssysteme in diesem Bereich?
2. Welchen Informationsstand hat die Kreisverwaltung über die Problematik der Tiefflüge über dem BAYER-Werks-gelände?
3. Welche Informationen hat die Kreisverwaltung über Sicherheits- und Alarmpläne des BAYER-Werks/Dormagen?
4. Welchen Kenntnisstand hat die Kreisverwaltung in bezug auf Anzahl und Art der Deponien und Altlasten auf dem BAYER-Werks-gelände und deren möglichem Gefährdungspotential für Menschen und Umwelt?

Auf der 11. Kreistagssitzung beantwortete der leitende Kreisrechtsdirektor Schmidt die Fragen wie folgt:

Zu 1:

Nach Angaben des Gewerbeaufsichtsamtes Mönchengladbach, welches für den im Kreis Neuss liegenden Werksteil zuständig ist, wird PHOSGEN ausschließlich im CAE-Betrieb (Produktion von CHLORAMEISENSÄUREESTER) hergestellt und gelagert. Ein Transport findet nicht statt. Die Menge des gelagerten COCl_2 ist gering. Im südlichen Teil des BAYER-Werkes, welches auf dem Gebiet der Stadt Köln liegt, sollen jedoch nennenswerte Mengen an PHOSGEN gelagert und gebraucht werden. Zuständig ist hier der Regierungspräsident in Köln und das dort zuständige Gewerbeaufsichtsamtsamt.

Zu 2:

Das Ordnungsamt der Stadt Dormagen hat in eigener Zuständigkeit mehrere Eingaben an das Bundesministerium für Verteidigung gemacht. Der Luftraum über dem betroffenen Gebiet stellt eine unumgängliche Schneise als Verbindung der Lufträume West-Ost im Rahmen der militärischen Übungsflüge dar. Jeder Pilot sei im Besitz eines Planes, in dem die Chemieanlagen als „Tabuzone“ aufgeführt sind, d.h. sie dürfen nicht im Tiefflug überflogen werden. Zuwiderhandlungen der Piloten sollten zur Anzeige gebracht werden.

Zu 3:

Das Ordnungsamt der Stadt Dormagen und das Amt für Zivilschutz des Kreises Neuss sind im Besitz des sog. Sonder-schutzplanes, welcher durch die Stadt Köln für das Gebiet der Stadt Köln und das Gebiet des Kreises Neuss erarbeitet

wurde. Ebenso bekannt sind die Melde-richtlinien.

Zu 4:

Das gesamte BAYER-Gelände ist im Altlastenplan des Regierungspräsidenten gekennzeichnet. Dies deshalb, weil im Jahr 1978 eine großflächige Grundwasser-**verunreinigung** durch halogenierte Kohlenwasserstoffe festgestellt wurde. Der Kreis Neuss ist als Untere Wasserbehörde für die Überwachung der Sanierung zuständig. Die Sanierung wird seit Bekanntwerden des Schadensfalles betrieben und laufend überwacht. Zur Grundwasser-**verunreinigung** ist es im wesentlichen durch schadhafte Kanäle,

Gruben und Umschlagsanlagen gekommen, welche aber mittlerweile alle saniert sind. Eine abgegrenzte Altlast befindet sich auf dem Werksgelände zwischen der A 57 und den Produktionsstätten des West-Werkes. Es handelt sich um eine Verfüllung mit BARIUM-SULFAT-Schlamm, KARBIT-Schlamm, Erdaushub und Bauschutt. Im Bereich dieser Ablagerung befinden sich zwei Grundwasser-Peillrohre, welche regelmäßig gebohrt und untersucht werden. Auffällige Veränderungen der Grundwasser-Qualität sind im Rahmen des Untersuchungsprogrammes bislang nicht feststellbar gewesen. △

Die Aktionärs- hauptversammlung

Kritische BAYER- Aktionäre auf HV 1988

Am 22. Juni 1988 fand in den Kölner Messehallen die diesjährige Aktionärs-Hauptversammlung des BAYER-Konzerns statt. Mehr als 13.500 Aktionäre nahmen an dieser Veranstaltung teil. Mit dieser erneut gewachsenen Zahl platzte die Veranstaltung langsam aus allen Nähten. Der Versammlungsleiter, der Aufsichtsratsvorsitzende des Konzerns, Professor Dr. Grünwald, sah sich gezwungen, von „logistischen Problemen“ zu sprechen. Gemeint war die reibungslose Versorgung dieser riesigen Zahl von Teilnehmern.

Bereits vor dem Saal signalisierten große Transparente, auf denen „Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER weltweit“ und „Stop der Verstöße gegen Arbeiterrechte bei BAYER/Peru“ gefordert wurde, daß auf dieser Jubiläums-Hauptversammlung nicht nur Lob zu hören sein wird. Zahlreiche „Kritische BAYER-Aktionäre“ hatten bereits im Mai mehr als 60 Gegenanträge für diese Hauptversammlung eingereicht.

Obwohl die BAYER-eigene „Malocher-Initiative“ an alle Aktionäre einen Button mit der Aufschrift „Mir gehört ein Stück von BAYER – ich bin stolz darauf!“ verteilte, gelang es der Konzernleitung nicht, alle Aktionäre hinter sich zu bringen. Im Endergebnis stimmten viele Hundert Aktionäre mit den „Kritischen“ gegen die Anträge des Vorstands.

Da half es auch nichts, daß der Vorstandsvorsitzende, wie üblich, alle Anträge als „ungeheuerlich“, „haltlos“, „ohne jegliche Grundlage“ etc. charakterisierte. Für das Publikum war unübersehbar, daß er doch immer wieder ungewollt und gezwungenermaßen zugeben mußte, daß die Kritik berechtigt ist.

Für die „Kritischen Aktionäre“ sprachen auf der Hauptversammlung:

- Jesus Vargas, Generalsekretär der Gewerkschaft bei BAYER INDUSTRIAL/Peru und Beschäftigter dieses Betriebes zu Problemen der BAYER-Belagschaften in Peru;
 - Dr. Frank Claus, Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) zur Verletzung des Verhaltenscodexes der Welternährungsorganisation (FAO) durch BAYER;
 - Rainer Gaertner, Vorsitzender der Tierversuchsgegner NRW, zu Tierversuchen bei BAYER;
 - Friedel Geisler, Pastorin aus Solingen und Vorstandsmitglied der Coordination, zum Thema BAYER und Dritte Welt;
 - Reinhard Klaus, BAYER-Betriebsgruppen der DKP, zum Thema Gesundheitsgefahren für BAYER-Beschäftigte durch giftige Produkte;
 - Axel Köhler-Schnura, Dipl.-Kfm. und Sprecher der Coordination, zum Thema Umweltpolitik des BAYER-Konzerns, u.a. Mitverantwortung für das Robbensterben in der Nord- und Ostsee.
- Wie üblich, wurden die Redebeiträge der „Kritischen“ in der Diskussionsliste

Peruanischer BAYER-Gewerkschafter in der Bundesrepublik

Auf Einladung der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ weilte der peruanische BAYER-Gewerkschafter Jesus Cabana Vargas vom 20.06. bis zum 06.07. 1988 in der Bundesrepublik. Es hat in dieser Zeit mit zahlreichen Organisationen, auf zahlreichen Veranstaltungen, auf mehreren Pressekonferenzen und auf der Hauptversammlung der BAYER-Aktionäre gesprochen. Er informierte über die Situation bei BAYER INDUSTRIAL und den anderen BAYER-Werken in Peru. Dort hat es in den letzten Jahren massive Konfrontationen und weitreichende Auseinandersetzungen zwischen der Leitung und den Belegschaften gegeben. So wehren sich die Belegschaften seit Jahren gegen

- unzureichende Arbeitssicherheit und Gefährdung durch Giftgase;
- Verweigerung von Löhnen, die wenigstens das Existenzminimum sichern;
- illegale Entlassungen von Beschäftigten;
- illegale Aussperrungen;
- Verletzungen der peruanischen Rechtsordnung, Gesetzgebung und vom Gerichtsbeschlüssen/Urteilen.

Die Belegschaften beklagen die arrogante und selbstherrliche Handlungsweise des Konzerns und seiner bundesdeutschen Leitung in Peru.

Jesus Vargas bemühte sich in der Zeit seines Aufenthaltes u.a. um Gespräche mit:

- dem Vorstand des BAYER-Konzerns
- dem Vorstand der IG Chemie
- dem Konzern-Betriebsrat bei BAYER.

Diese Gespräche wurden ihm verweigert. Und dies, obwohl der Vorsitzende des BUND, die internationale Chemiearbeiter-Gewerkschaft, die evangelische und die katholische Kirche, die SPD, die Sozialistische Internationale, die Jungsozialisten und viele andere sich für diese Gespräche eingesetzt hatten. Doch Konzernleitung, IG Chemie und Betriebsrat setzten sich über alle Bitten und Gesuche hinweg.

In mehreren Gesprächen mit Kollegen der bundesdeutschen BAYER-Werke in Wuppertal und Leverkusen fand Jesus

Vargas hingegen solidarische Aufnahme und es wurde weitergehender Kontakt und Zusammenarbeit vereinbart. Der peruanische BAYER-Gewerkschafter hatte durch Vermittlung von BAYER-Kollegen auch Gelegenheit, das Wuppertaler BAYER-Werk zu besichtigen.

Von besonderem Interesse war, daß der bundesdeutsche peruanische Werksleiter, Dr. Bernd Peukert, auch in der Bundesrepublik eine Vorgeschichte hat. Er wird von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf im Zusammenhang mit einem Strafverfahren wegen Betrugs, Meineid und Bestechung gegen den Vorsitzenden des BAYER-Konzerns, H.J. Strenger, gesucht.

Auch nach Abreise von Jesus Vargas geht die Auseinandersetzung um die Durchsetzung der peruanischen Forderungen weiter. Jesus Cabana Vargas richtet sich in einem offenen Brief an alle Kolleginnen und Kollegen der bundesdeutschen BAYER-Werke und bittet sie um Solidarität und Unterstützung. Die „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ wendet sich in offenen Briefen an den Vorstand des Konzerns, den Betriebsrat und die IG Chemie. Sie betont darin ihre nachdrückliche Solidarität mit dem peruanischen Kollegen und fordert Gerechtigkeit für die peruanischen BAYER-ArbeiterInnen.

Wir bitten um Unterstützung unserer Aktionen. Richtet entsprechende Briefe an:

BAYER
Vorstand und Aufsichtsrat
5090 Leverkusen

BAYER
Gesamtbetriebsrat/Konzernbetriebsrat
5090 Leverkusen

IG Chemie
Postfach
3000 Hannover

Kopien bitte an uns. Weitere Informationen bei uns in der Geschäftsstelle bei Achim Schmottlach, 0212 - 33 49 54. △

ganz an den Schluß gesetzt. Die Versammlungsleitung sorgte dafür, daß der peruanische Kollege erst als allerletzter Redner ans Mikrophon treten konnte. Und – ebenfalls wie üblich – verweigerte der Konzern den „Kritischen“ die Beantwortung der meisten Fragen.

Das alles konnte nicht verhindern, daß der Konzern auf seiner Jubiläums-Hauptversammlung mit den schädlichen Auswirkungen seines Handelns für Mensch und Umwelt konfrontiert wurde. 125 Jahre BAYER sind auch 125 Jahre Menschengefährdung und Umweltverseuchung. Die Rekordumsätze und -Gewinne des Jahres 1987 wurden auch auf Kosten der Belegschaften, der Weltbevölkerung und der Ökologie gemacht.

Vor dem Hintergrund dieser Tatbestände überreichten die „Kritischen“ zwei Jubiläumsgeschenke: Dr. Frank Claus eine fleischfressende Pflanze mit der Aufforderung, endlich die Produktion und Entwicklung „harter Pestizide“ einzustellen und Reinhard Klaus ein Säckchen Erde, Erde aus einer Leverkusener BAYER-Giftmüll-Deponie, die einen Querschnitt durch 75 Jahre BAYER-Produktion darstellt und die heute zu einem offenkundigen Problem geworden ist, weil auf diesem Giftfaß mehrere hundert Leverkusener Familien leben und wohnen (müssen).

BAYER wertet das Auftreten der „Kritiker“ auf der Hauptversammlung im Ergebnis als „Agitation“. Die Konzernleitung betonte nochmals, daß es mit den Kritikern kein Gespräch gibt. Und dies, obwohl immer wieder behauptet wird, der Konzern führe den „fairen Dialog“.

Wenn die Anträge der „Kritischen“ auf der Hauptversammlung keine Mehrheit fanden, so liegt das weniger daran, daß die Aktionäre gegen die „Kritischen“ sind, sondern daß vielmehr die Mehrheit des Aktienkapitals sich in den Händen einiger weniger befindet.

Wenn man weiß, daß 95 und mehr Prozent des auf der Hauptversammlung anwesenden Aktienkapitals sich in den Händen von drei Dutzend Aktionären befindet, wenn man weiß, daß die vielen Tausend auf der Hauptversammlung anwesenden Aktionäre im Durchschnitt lediglich 10-30 Aktien besitzen und wenn man weiß, daß BAYER alles tut, um von den Aktionären, die die Hauptversammlung vor den Abstimmungen verlassen, die Stimmrechte zu erhalten (ca. 60 % aller Aktionäre verlassen

die Hauptversammlung vorzeitig), dann erhalten die Abstimmungsergebnisse ein anderes Gewicht. Die 16.000 Gegenstimmen auf der Hauptversammlung 1988 repräsentierten in diesem Licht ca. 600-1.600 Aktionäre, die mit den „Kritischen“ für Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER weltweit stimmten. △

Dokumentationen zur Hauptversammlung 1988 erhältlich

Zur diesjährigen Aktionärs-Hauptversammlung des BAYER-Konzerns legt die „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ drei Dokumentationen vor:

- Dokumentation HV I enthält alle gestellten Gegenanträge mit ihren Begründungen
- Dokumentation HV II enthält alle Reden von „Kritischen BAYER-Aktionären“.
- Dokumentation HV III enthält einen Auszug aus dem Pressespiegel.

Jede Dokumentation kostet DM 7,-, alle drei Dokumentationen zusammen also DM 21,-. Für die Auslieferung fallen DM 5,- für Porto und Verpackung an.

Bestellungen bitte an die Geschäftsstelle der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ richten. Der Bestellung bitte einen Scheck beilegen, da nur bezahlte Bestellungen ausgeliefert werden. △



Seminar zum 125jährigen Jubiläum

Zum 125jährigen Jubiläum des BAYER-Konzerns bieten wir ein Seminar

an, das die Geschichte des Konzerns aus einem etwas anderen Blickwinkel betrachten soll: 125 Jahre BAYER – 125 Jahre Umweltverseuchung und Menschengefährdung.

Das Seminar findet vom 23.09.-25.09. statt. Am Sonntag wird parallel dazu die Mitgliederversammlung durchgeführt. Die Teilnahmegebühr beträgt DM 70,-.

Der genaue Ort und die Anreisemöglichkeiten werden bei Anmeldung mitgeteilt. Die Anmeldung erfolgt nur, wenn der Teilnehmerbetrag per Scheck beglichen wird. Wir bitten um Verständnis, da die Tagungsräume uns entsprechende Kosten verursachen. △



Alternative 125 Jahr-Feier

Am 10./11. September 1988 wird in Leverkusen eine „Alternative 125 Jahr-Feier zum multinationalen BAYER-Konzern“ stattfinden. Sie trägt das Motto „125 Jahre BAYER – 125 Jahre Umweltverseuchung und Menschengefährdung“.

Das Forum beginnt am Samstag, den 10. September um 10.00 Uhr und wird am Sonntag gegen 17.00 Uhr enden. Es wird sich ausführlich und sachkundig mit den verschiedenen BAYER-relevanten Bereichen beschäftigen: Chemie am Arbeitsplatz, Chemie-Politik, Landwirtschaft, Gentechnik, Forschung, Pestizide, Dritte Welt, Pharma, Produktionssicherheit, Wasser etc.

Während der Samstag der Bestandsaufnahme gewidmet ist, wird am Sonntag die Perspektive und die Utopie Raum haben. In einer Zukunftswerkstatt wird über „BAYER 2000“ gearbeitet und in einer Podiumsdiskussion werden Alternativen diskutiert werden.

Parallel zu den Arbeitsgruppen, Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen werden Bürgerinitiativen, Umweltschutzgruppen, Betriebsgruppen etc. Gelegenheit haben, ihr Anliegen und ihre Arbeit vorzustellen.

Auch der Spaß wird nicht zu kurz kommen, für Samstag abend ist Kabarett und Rockmusik geplant.

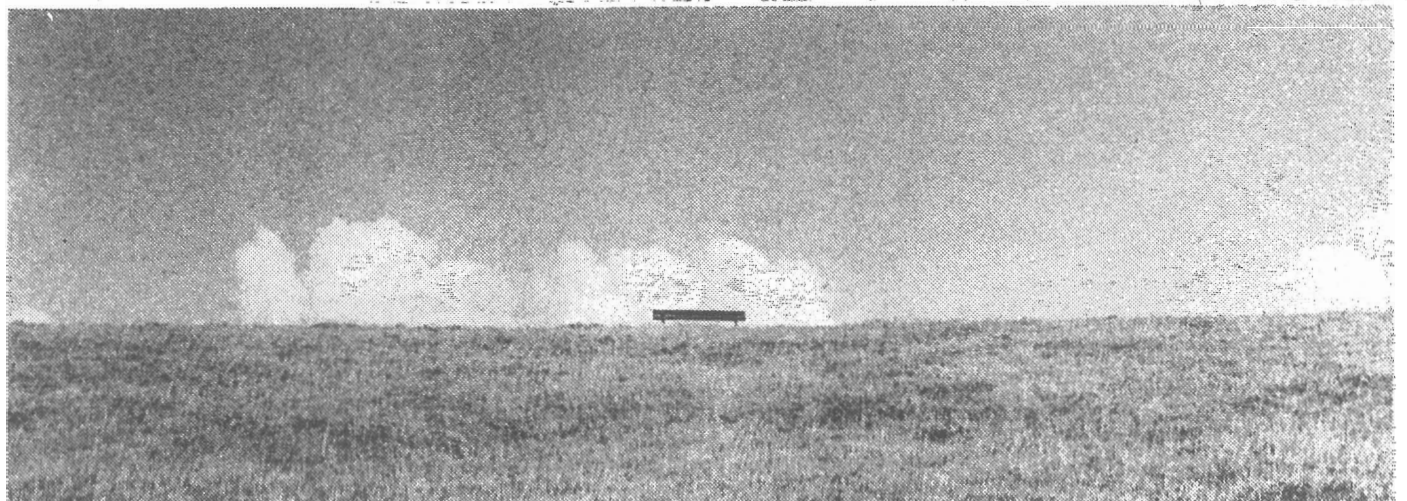


Foto: Erhard Nötzel

Also den Termin vormerken. Anmeldungen und weitere Informationen bei unserer Geschäftsstelle. △

Unfälle

Schwefelsäure in Uerdingen ausgelaufen

Am 19. Mai 1988 kam es im Uerdinger Werk zu einem schweren Unfall. Aus — wie aus Betriebskreisen verlautete — bisher ungeklärten Gründen lief ein mit Schwefelsäure gefüllter Behälter in einer Tanktasse über. Als ein Mitarbeiter versuchte, das Zulaufventil zu schließen, zog er sich schwerste Verletzungen zu. Er mußte mit einem Rettungshubschrauber in eine Spezialklinik geflogen werden.

Man habe die „zustehenden Behörden umgehend“ informiert. Die Kriminalpolizei nahm Ermittlungen auf, um festzustellen, wer für den Unfall verantwortlich zu machen sei. △

Wasser

Verschärfte Auflagen für Einleitungen in Brunsbüttel

Das Brunsbütteler BAYER-Werk erhielt einen Änderungsbescheid zum Einleiterbescheid von 1974, der eine Verringerung der zulässigen Einleitungsmengen in die Elbe sowie eine Verschärfung der einzuhaltenden Anforderungen vorsieht. Das zuständige Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten begründet die Verschärfung mit dem erheblich erweiterten Umfang der Inhaltsstoffe des Abwassers. Die Überwachung der Abwasser-Einleitung und -Behandlung wolle man durch zusätzliche behördliche Maßnahmen verbessern.

Der damalige Werksleiter, Prof. Dr. Kleine-Weischede, erläuterte vor der Presse, daß in Brunsbüttel künftig weniger gereinigte Abwässer und weniger Kühlwasser in die Elbe eingeleitet werden dürften. Die Zahl der Inhaltsstoffe, die mit Grenzwerten belegt worden seien, sei erweitert worden. Die Grenzwerte selbst seien z.T. erheblich reduziert worden. Die Behörde habe die neue Einleitungserlaubnis an die weiterentwickelte Abwasser-Behandlungstechnik in Brunsbüttel angepaßt. — Also keine neuerliche Schadstoffreduzierung durch den neuen Bescheid? Lediglich Festbeschreibung des durch Rationalisierungen und Umstrukturierungen im Brunsbüttel erreichten Status quo? Ledigliche Einhaltung von Bundesvorschriften?

Professor Kleine-Weischede erklärte, die Gründe für den neuerlichen Änderungsbescheid seien darin zu sehen, daß gesetzliche Vorschriften, wie die 5. Novelle

des Wasserhaushaltsgesetzes, das Wasserabgabengesetz, das Landeswassergesetz und die 22. Verwaltungsvorschrift für Chemieabwässer umgesetzt worden seien.

Der Werksleiter lobte vor Journalisten ausnehmend die bisher angeblich unternommenen Anstrengungen für den Umweltschutz. Möglichen kritischen Anfragen kam er direkt zuvor: Die Kontrolle durch die zuständigen Behörden sei ausreichend, werde sogar erweitert. Es würden nämlich zusätzliche Probeentnahmestellen errichtet, die für BAYER nicht zugänglich seien. Auch wehrte sich Professor Kleine-Weischede vorsorglich gegen die in der Vergangenheit häufig erhobene Kritik, der Einleiterbescheid sei eine Pauschalgenehmigung im Sinne eines Perilscheines: „Die immer wieder kritisierte Pauschalgenehmigung, die allerdings in der ursprünglichen Fassung der wasserrechtlichen Einleitungserlaubnis nie erteilt war, ist damit hinfällig.“

Konkrete Inhalte des Änderungsbescheides sind bisher nicht bekannt. Selbst den Erlaubnisbescheid von 1974 behandelte BAYER stets wie ein Betriebsgeheimnis. Bemühungen der Umweltorganisation GREENPEACE hinsichtlich Einsichtnahme sind in der Vergangenheit stets gescheitert. Die Analyse einer am 16. Juli 1987 spektakulär gewonnenen Abwasserprobe durch ein von GREENPEACE beauftragtes neutrales Institut belegt jedoch, daß BAYER sich nicht einmal an den Perilschein von 1974 hält (vergl. SWB 4-5/87, Seite 8/9).

Im Widerspruch zur tatsächlichen Geheimniskrämerei nicht nur in Brunsbüttel steht die in der öffentlichen Presse gut platzierte Offerte der Leverkusener Konzernzentrale, Personenkreisen, die ein berechtigtes Interesse nachweisen können, Einsichtnahme in die aktuellen Erlaubnis-scheine zu gewähren. △

Gen-/Biotechnologie

Erster offizieller Freilandversuch in der BRD durch MPI

Die Pharma-Konzerne wollen in der Bundesrepublik — allen Drohungen, ins Ausland abzuwandern, zum Trotz — in diesem Jahr den entscheidenden Durchbruch bei der bundesweit erstmaligen Freisetzung gen-technisch veränderter Mikro-Organismen erreichen.

Da hiergegen erhebliche Proteste aus den Reihen der Bevölkerung zu erwarten sind, bemühen sich die Firmen, Sinn und Nutzen“ der Gen-Technologie in den schönsten Farben darzustellen: Humaninsulin-Herstellung bei HOECHST, Leucht-bakterien für den „Umweltschutz“ bei BAYER, Kampf gegen Aids und Krebs... usw.

Der Pflanzengenetiker Dr. Heinz Sädler vom Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung in Köln will nach Angaben des „Gen-ethischen Netzwerkes“ die Umzäunung eines Testackers erwirken. Sein Kollege, Prof. Klaus Halbrock, begründet dies mit dem „erhöhten Risiko eines Terroran-

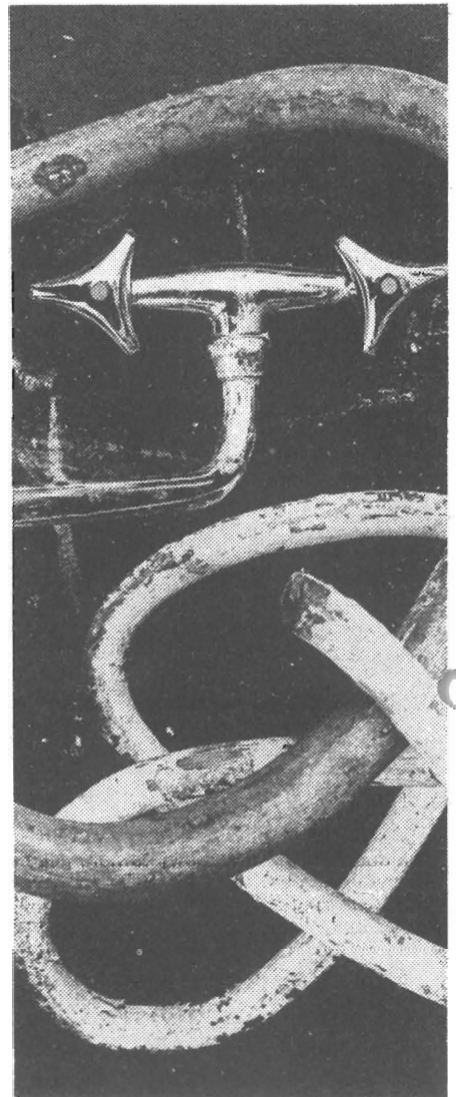


Foto: Paul Langrock/Zenit

schlages“. Lehnen auch die im Stadtrat vertretenen Parteien von SPD, CDU und GRÜNE die gewünschte Umzäunung wegen Landschaftsverwundung einhellig ab, so bestehen doch beste Aussichten auf Erfüllung der Forscherinteressen. Schon moniert das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium den gefaßten Beschluß und bittet den Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger, „sich persönlich des nun noch unge lösten Problems“ anzunehmen.

Worum geht es bei dem von Professor Sädler geplanten Freilandversuch? In eine gewöhnliche Petunie soll ein Mais-Gen eingepflanzt werden. Dadurch seien die Blüten der neu konstruierten Pflanze auffallend rot. Der Pflanze wurde ferner ein Antibiotika-Resistent-Gen eingepflanzt, um sie während des Experimentes von anderen Petunien unterscheiden zu können.

Anhand dieses „harmlosen“ Experimentes wollen die Wissenschaftler vom Max-Planck-Institut die Funktionen sogenannter „springender Gene“ erforschen. Dies sind Gene, die auf andere Gene überspringen, diese verändern oder zerstören können und auf diese Weise für die Mutation von Lebewesen verantwortlich sind. Die rote Blütenfarbe dient also im vorliegenden Fall als Erkennungszeichen für eine erfolgte Mutation.

Und eben weil die Bevölkerung bereits

stark sensibilisiert ist, „wollen wir mit der petunie beginnen“, meint Professor Sädler. Hat sich die Bevölkerung, so scheint man sowohl von seiten des Max-Planck-Institutes als auch von der Industrie her zu spekulieren, erst einmal an die Gen-Technik auf dem Acker gewöhnt, so könnten weitere – erheblich bedenklichere – Verfahren folgen. Schon jetzt gibt es Hinweise dafür, daß beispielsweise HOECHST ein Freilandexperiment mit gen-technisch hergestellten Pflanzenarten, die gegen das haus-eigene Totalherbizid BASTA resistent sind, startet. Das Engagement der nordrhein-westfälischen Landesregierung spricht eine ebenso deutliche Sprache: Kürzlich wurde in Jülich ein Zentrum für Bio-Technologie errichtet (vgl. Artikel in diesem Heft), und auf dem Gelände des Max-Planck-Institutes in Köln wird ein 10 Mio. DM teures Gen-Labor gebaut. Gleichzeitig wird die seit März 1987 existierende Kabinetsvorlage zur Gen-Technologie „Situa-

tionsbericht und Handlungsbedarf in NRW“ immer wieder überarbeitet und verändert, ohne daß ein konkreter Handlungsspielraum ausgelotet würde. Die Landesregierung also scheint so lange abzuwarten, bis das Max-Planck-Institut und die Industrie ihr durch konkrete Tatbestände – sogenannte Sachzwänge – jegliche Mitwirkungsmöglichkeit abnehmen.

Bei der „Zentralen Kommission für Biologische Sicherheit“, die jede Freisetzung gen-technisch veränderter Organismen genehmigen muß, ist, jedenfalls nach dem bisherigen Informationsstand, noch kein Antrag für den Petunien-Versuch Professor Sädlers eingegangen. Jedoch habe es schon entsprechende Voranfragen gegeben.

Das Max-Planck-Institut in Köln ist auf mehrfache Weise mit dem BAYER-Konzern verbunden und verflochten (wir berichten). Δ

Gentechnische Produktion in Wuppertal

Dr. Ernst Truscheit, bei BAYER für die weltweite Koordination der Bio-Technologie zuständig, kündigte auf der im Mai stattgefundenen Frankfurter Messe für Angewandte Chemie,ACHEMA 88, an, seine Firma wolle in einigen Jahren mit der klinischen Prüfung eines noch nicht näher bezeichneten Medikamentes beginnen. Später solle die Produktion dieses Arzneimittels mit gentechnisch veränderten Hefezellen in Wuppertal erfolgen. BAYER stellte im Januar 1988 bereits ein Laborgebäude für biochemische Verfahrensentwicklung in Wuppertal fertig (vergl. SWB 1-2/88, Seite 16). Die Weichen sind bereits gestellt! —

Wie verlautete, hofft der Leverkusener Chemie-Multi, beim Aufbau der gentechnischen Produktionsanlagen auf weniger Schwierigkeiten zu stoßen wie derzeit die Firma HOECHST, die schon seit Jahren durch einen Rechtsstreit um die gentechnische Herstellungsanlage für INSULIN ge-

bunden ist. Dies nicht ohne den erpresserischen Hinweis darauf, daß die gentechnische Produktion des Gerinnungsfaktors VIII in Kalifornien stattfindet, da hierfür das Klima in der Bundesrepublik z.Zt. ungünstig sei (wir berichteten). Zugleich kämpft der Konzern auf allen politischen Ebenen, um Auflagen für gentechnische Anlagen aufzuweichen bzw. gar zu verhindern. Und dies nicht ohne Erfolg, so scheint es: Die Bundesregierung will „Anlagen zum fabrikmäßigen Umgang mit gentechnisch veränderten Mikro-Organismen“ zukünftig einem einfachen, dann nicht mehr öffentlichen, Genehmigungsverfahren unterwerfen (vergl. SWB 1-2/88, Seite 18).

BAYER hofft offensichtlich, bis zur möglichen Markteinführung des nicht näher bezeichneten Medikamentes in einigen Jahren auf einen Freifahrtschein in Sachen Gentechnologie! Δ

Pharma

ACARBOSE bzw. MIGLITOL sinnlos

Der bei BAYER in der Entwicklung befindliche Kohlehydrat-Absorptionsverzögerer ACARBOSE und auch die neuere Entwicklung MIGLITOL bringen für Typ I-Diabetiker nach Einschätzung des unabhängigen Berliner „arznei-telegrammes“ keine Vorteile. Die Substanzen verzögern u.a. die Kohlehydratverdauung im Dün-

darm. Unzureichend aufgespaltete Kohlehydrate werden jedoch im Dickdarm bakteriell zersetzt mit der Konsequenz von Flatulenz und Durchfall bei jedem zweiten ACARBOSE-Verwender.

Das „arznei-telegramm“ stützt sich u.a. auf die Beurteilung vier renommierter Fachzeitschriften, die von einer langfristigen Verschlechterung der Stoffwechsellage für Diabetiker unter ACARBOSE bzw. MIGLITOL ausgehen. Resultat: „Somit vermag ACARBOSE die Wirkungen oraler Antidiabetika (die bereits seit vielen Jahren auf dem Markt erhältlich und ebenfalls sehr umstritten sind, die Red.) nicht zu ersetzen.“ Das Urteil einer zitierten Fachzeitschrift: „Die Begeisterung für diese Art der Therapie wird einerseits durch die offensichtliche Langzeitwirksamkeit gedämpft und andererseits durch lästige Störeffekte wie Durchfall und Flatulenz.“ Δ

VIEL ZU VIEL

hat uns der vom BAYER-Konzern aufgezwungene Prozeß schon gekostet. Um auch weiterhin effektive Arbeit leisten zu können, sind wir auf Spenden angewiesen. Zumal der Prozeß noch nicht beendet ist.

Coupon:

Ich möchte spenden
DM _____

Ich möchte weitere Informationen

DM 5,- für kleines Infopaket

DM 20,- für großes Infopaket

Ich möchte Mitglied werden

Ich möchte 100 Flugblätter zum Weiterverteilen
(DM 5,- in Briefmarken liegen bei)

Absender: _____

Datum/Unterschrift: _____

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Achim Schmittlach
Höfstraße 27a
5650 Solingen 11

Sonderkonto:
Coordination gegen BAYER-Gefahren
PGIA Essen 4536 85-431

Pestizide

40.000 Tote im Jahr

Seit 1945 sind ca. 5.000 Pestizid-Verbindungen mit über 35.000 verschiedenen Formulierungen auf den Weltmarkt gekommen. Chemie-Multis machen damit Riesengewinne. An der Spitze: BAYER, der Schweizer Konzern CIBA GEIGY und die US-Firma MONSANTO.

Jährlich werden knapp 5 Mio. Tonnen Pestizide ausgebracht, entsprechend 1 kg pro Kopf der Weltbevölkerung.

Gegen die penetrante Verharmlosung der Folgen des Pestizid-Einsatzes sprechen nackte Zahlen: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) meldet jährlich ca. 2 Millionen Unfälle bei der Produktion und Anwendung von Pestiziden, bei denen bis zu 40.000 Menschen sterben. Die nicht sterben, tragen oft lebenslange Schäden davon. 75 % aller durch sogenannte „Agro-Chemikalien“ verursachten Todesfälle sind in den Ländern der „Dritten Welt“ zu verzeichnen. Δ

Imperium

Neuer Werksleiter in Brunsbüttel

Der bisherige Brunsbütteler Werksleiter, Prof. Dr. Klaus Kleine-Weischede, trat zum 1. Juli 1988 in den BAYER-Vorstand ein (wir berichteten). Seine Nachfolge tritt termingerecht der 53jährige Dr. Dieter Maaßen an.

Der Chemiker begann seine Arbeit 1965 als Mitarbeiter im wissenschaftlichen Hauptlabor bei BAYER in Leverkusen. 1968 wechselte er nach Dormagen, wo er zunächst in der Organischen Abteilung und später in der Polyurethan-Produktion arbeitete. Seit 1980 ist Dr. Maaßen Leiter der Polyurethan-Anwendungstechnik/Fahrzeug in Leverkusen. Δ

Vorrang für USA/Japan

Welche Bedeutung für den Konzern die Märkte USA und Japan im Gegensatz zu den Märkten Lateinamerikas haben, zeigen die Zahlen der Konzernverwaltung „Regionale Coordination und Controlling“. Diese weisen für die Betreuung lateinamerikanischer Länder für 1986 und 1987 rund 0,1 Mio. DM aus. Für eine Verbindungsstelle USA/Japan/China werden hingegen für 1986 rund 2,7 Mio. DM ausgewiesen und für 1987 rund 2,8 Mio. DM veranschlagt. Δ

Standorte

Einverleibung Rheinhausens

Der Stahlstandort Duisburg-Rheinhausen wird mit großer Sicherheit mittelfristig – wahrscheinlich Ende 1990 – vom Krupp-Konzern aufgegeben werden. Dies läßt sich aus einer im Mai 1988 getroffenen Vereinbarung zwischen der Unternehmensleitung und den Betriebsräten folgern.

Ob, wie von BAYER demonstrativ versprochen, 500 Stahlkumpel in den Chemiewerken einen neuen Arbeitsplatz finden werden, ist mehr als zweifelhaft (wir berichteten).

Um so wahrscheinlicher hingegen ist, daß BAYER sich über das Firmengelände des stillzuliegenden Stahlwerkes hermachen wird. Es liegt geographisch sehr günstig, hat eine hervorragende Infrastruktur und liegt direkt neben dem BAYER-Werksengelände in Krefeld/Uerdingen. Δ

Ökonomie

Riesengewinne in Japan

Die ca. 2.900 Mitarbeiter der japanischen BAYER-Gruppe konnten im Geschäftsjahr 1987 den Gewinn vor Steuern um 26 % gegenüber dem Vorjahr auf 17 Mrd. Yen (ca. 22 Mio. DM) steigern. Anders als der Konzern insgesamt, der bei höheren Profiten einen Umsatzrückgang zu verzeichnen hatte, erreichte die BAYER-Gruppe in Japan in 1987 ein Umsatz-Plus von 6,3 % und setzte 162,8 Mrd. Yen (ca. 2,1 Mrd. DM) um. Der Präsident von BAYER/Japan, Theodor K. Heinrichsohn, rechnet auch für das laufende Jahr mit einer Umsatzsteigerung von 5-6 Prozentpunkten, im Pharmabereich sogar von über 10 %.

BAYER schätzt die guten Investitions-, Produktions- und Handelsbedingungen im fernöstlichen Japan. 1987 wurden dort 3,5 Mrd. Yen (ca. 46 Mio. DM) investiert. Im laufenden Jahr sollen gar 7 Mrd. Yen (ca. 92 Mio. DM) und im kommenden Jahr gar 10 Mrd. Yen (ca. 130 Mio. DM) investiert werden.

Wie in Leverkusen bekannt wurde, will BAYER seine Silikon- bzw. Dichtmassen-Produktionsstätten in Japan, die bisher auf verschiedene Städte verteilt sind, an einem Standort konzentrieren. Dort sollen dann die Produktions- und Forschungskapazitäten in diesem Bereich sogar erweitert werden. Hierfür würden 200 Mio. Yen (ca. 2,6 Mio. DM) bereitgestellt werden. Δ

Profite in Brunsbüttel erwartet

Bereits im Jahr 1987 steigerte das Brunsbütteler Werk seinen Umsatz um 0,8 % auf 601 Mio. DM. Im ersten Jahresdrittel 1988 erhöhte sich der Umsatz gegenüber dem Vorjahreszeitraum um satte 8 %. Der ehemalige Werksleiter, Prof. Dr. Kleine-Weischede, erklärte im Mai vor Journalisten, daß er für das laufende Geschäftsjahr mit einem Umsatz von weit über 700 Mio. DM rechne.

Die Zahl der Mitarbeiter werde von 1.649 im vergangenen Jahr auf über 1.700 ansteigen. Das sind im Vergleich zur Umsatzsteigerung magere 3 %. Δ

Börseneinführung in Tokio

Was bezüglich der Wallstreet erst in den nächsten Jahren zu erwarten ist, wurde in Japan bereits Wirklichkeit: Im Oktober wird BAYER als erstes deutsches Industrie-Unternehmen seine Aktien an der Börse von Tokyo einführen. Dabei werden zunächst 600.000 Aktien zum Nennwert von 30 Mio. DM zum Kauf angeboten. Δ

Politik

Vorsitzender des europäischen Umweltausschusses in Leverkusen

Der Vorsitzende des europäischen Umweltausschusses, Professor Virgilio Pereira, wurde vom „BAYER-Umweltschutz-Experten“, Professor Dr. Herwig Hulpke, in die Geheimnisse „moderner Entsorgungsmethoden“ eingeweiht. In Selbstlob versinkend pries Hulpke die „modernen Entsorgungsmethoden“ und das „deutsche Know how“ auf dem Weg „zu einem besseren Schutz der Umwelt“.

Mit von der Partei waren die Chemiefunktionäre Dr. Heinz Josef Niessen vom „Zentrum der europäischen Chemischen Industrie für Ökologie und Toxikologie“ und Dr. Halke Haeseler vom „Europäischen Rat der Verbände der Chemischen Industrie“.

Auf dem Programm stand eine Besichtigung des BAYER-„Entsorgungszentrums“ in Leverkusen/Bürrig. Δ

Gesellschaft

Beiträge und Spenden

Daß der BAYER-Konzern an Wirtschaftsvereinigungen, Fachverbände, wissenschaftliche Gesellschaften etc. Beiträge und Spenden in Millionenhöhe abführt, wird vermutet, exakte Daten sind nicht bekannt.

Die „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ schafft hier Abhilfe: An Wirtschafts-

und Fachvereinigungen wurden von BAYER in der Bundesrepublik 1986 14,4 Mio. DM gezahlt; für 1987 waren 17,3 Mio. DM veranschlagt, die aber überschritten wurden.

An wissenschaftliche Gesellschaften flossen von BAYER im Jahr 1986 2,7 Mio. DM, für 1987 wurden 3,3 Mio. DM veranschlagt.

Hinzu kommen Sachspenden in Höhe von 1,2 Mio. DM 1986 und 0,75 Mio. DM 1987 sowie direkte Spenden an Gymnasien in Höhe von 0,2 Mio. DM 1986 und 1987.

Insgesamt hat der Konzern allein in der Bundesrepublik also 1986 rund 18,3 Mio. DM aufgewendet, 1987 mindestens 21,5 Mio. DM. △

Wissenschaft / Forschung

Dr. Haberkorn Honorarprofessor in Bonn

Der Leiter des Labors für Protozoologie des Geschäftsbereiches Veterinär/Monheim, Dr. Axel Haberkorn, wurde von der Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen zum Honorarprofessor an der Bonner Universität ernannt. △

Rationalisierung bei der Synthese neuer Stoffe

„Es werden völlig neue Synthese-Verfahren und Produkte möglich“, meinte Prof. Ivar Ugi, Lehrstuhlinhaber für Organische Chemie an der Technischen Universität in München. Er kreierte ein neuartiges Computer-System, mit dessen Hilfe Millionen von Synthese-Möglichkeiten in kürzester Zeit durchgespielt werden können und erhielt dafür als einer von vier Preisträgern den von der PHILIP-MORRIS-STIFTUNG „Herausforderung Zukunft“ ausgesetzten, höchst dotierten Technologiepreis der BRD von insgesamt 120.000,- DM.

„Bahnbrechend“ findet Wolfgang Donner, der Leiter der Wissenschaftliche EDV-Systeme von BAYER, UGI's Computer-Programme.

In der Tat dürfte der Einsatz dieser neuen Erfindung in Forschungsbereichen, wie sie etwa BAYER unterhält, zu weitreichenden Konsequenzen führen. UGI's Rechner kann beispielsweise kostengünstigere und schnellere chemische Reaktionswege als bisher ermitteln. Was bisher mehr oder weniger vom Zufall abhängig war, kann nun mit größter Systematik und Effektivität betrieben werden: Die Suche nach neuartigen Molekülen und Produkten. Erwünschte Reaktionen wie auch Folgereaktionen lassen sich besser und schneller abschätzen.

Wenn Professor Ugi behauptet, daß er mit seinem System die Entstehung des Se-

veso-Giftes, DIOXIN, hätte voraussagen können, dann mag das auch für BAYER ein gutes Argument für die mögliche Einführung des neuen Computers in der eigenen Forschung sein. Sieht sich der Konzern doch mehr und mehr mit den ökologischen Folgekosten seiner unternehmerischen Tätigkeit konfrontiert. Umweltschutz nicht des Schutzes der Umwelt willen, sondern zur Senkung der zu erwartenden Kosten.

Darüber hinaus ist absehbar, daß Synthese-Computer ein ganzes Heer von Chemikern arbeitslos machen wird. Wolfgang Donner: „Das Vordringen dieser Programme wird die Chemie gehörig verändern.“ △

Zusammentreffen von BAYER-Pharma und staatlichem französischem Institut

„Lebensqualität und Lebensumstände innerhalb der älterwerdenden Bevölkerung“ – so lautete das Thema eines in dieser Form erstmaligen Zusammentreffens mehrerer Wissenschaftler von BAYER-Pharma und des staatlichen französischen „Institut National de la Santé et de la Recherche Médicale“ (INSERM). Die Leitung lag sowohl beim INSERM-Generaldirektor M. Lazar als auch beim Leiter der BAYER-Pharma-Forschung und -Entwicklung, Prof. Dr. Friedrich Hoffmeister und dem Präsidenten von BAYER/Pharma/France, Rainer Bianchi.

Eine Zusammenarbeit zwischen BAYER und INSERM besteht bereits seit 1984. INSERM unterhält in Frankreich 153 Laboratorien und Forschungseinrichtungen, in denen ca. 9.000 Mitarbeiter pharmazeutische, medizinische und biologische Untersuchungen vornehmen. Die Forschungsgebiete der Zusammenarbeit mit BAYER betreffen vor allem Krankheiten, für die sich profitorientierte Medikamente auf dem Markt bzw. in Entwicklung befinden: Herz-Kreislauf-Erkrankungen (ADALAT), Diabetes mellitus (ACORBOSE/MIGLITOL) und Morbus Alzheimer (diesbezüglich wird gentechnisch geforscht).

BAYER unterhält mit INSERM 28 Gemeinschaftsprojekte. △

Unveröffentlicht

Unter dieser Rubrik erscheinen die Überschriften von Meldungen, die aus Platzgründen nicht veröffentlicht werden konnten. Für unsere LeserInnen zur Information, für uns, um Platz (bzw. Kosten) zu sparen.

Interessierte LeserInnen können die zu den Überschriften gehörenden Informationen über die Geschäftsstelle anfordern.

Aktiv Demokratische Ärzte gegen Pharmariesen



Foto: Peter Bialobrzeski

125 Jahre BAYER 100 Jahre BAYER-Pharma in Frankreich

Produktionssicherheit Seminar der Sicherheits-Ingenieure

Ökonomie Marktforschertreffen in Leverkusen

O-Ton BAYER Dr. Zurhake zum Sinn von Pestiziden

Gesellschaft Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung bei BAYER

Kulturprogramm von Werk und Stadt

Propaganda Chemische Industrie gestaltet Unterricht

Belegschaft/Arbeitsplätze Auszeichnung für sauberes Werk

Wissenschaft/Forschung Max-Planck-Gesellschaft bei BAYER/Leverkusen

25 Hochschullehrer eingeladen

Zum Weiterlesen

Alle in „Stichwort BAYER“ vorgestellten Bücher sowie viele interessante weitere Titel zu den Themen Multis, BAYER, Dritte Welt, Umweltschutz, Chemiproduktion etc. können beim Versand **Chemie. Mensch. Umwelt.** (CMU-Versand) bezogen werden.

Buchliste:

— Alternativer Geschäftsbericht zum BAYER-Konzern	DM 5,—
— Rheinalarm	DM 14,80
— Boom ohne Arbeitsplätze	DM 19,80
— Giftgrün/Pestizid-Gefahren	DM 24,80
— Weniger Medikamente – Bessere Therapie	DM 14,—
— Gift, Macht, Geld / Zur Entgiftung der chem. Industrie	DM 19,80
— ...und heute die ganze Welt / Geschichte der IG Farben	DM 39,80
— Bundesdeutsche Konzerne in der 3. Welt	DM 14,80
— OMGUS-Report IG Farben/Protokoll der US-Militärjustiz	DM 30,—
— Chemie im Kinderzimmer	DM 26,—
— Das Tierbuch/Tierversuche in Wort und Bild	DM 25,—
— Hohe Schornsteine am Amazonas/Umweltplünderung in Brasilien	DM 26,—
— Der Tod, der von den Feldern kam	DM 12,80
— IG Farben, Abt. Behringwerke/Menschenversuche im KZ	DM 8,—
— Alles wie geplant/ BAYER in Brunsbüttel I	DM 9,80
— Anders als geplant/ BAYER in Brunsbüttel II	DM 9,80
— Patienten zweiter Klasse/ BAYER in Kolumbien	DM 30,—
— Tierversuche in BRD mit Beispiel aus BAYER-Labor	DM 8,50
— Naturgemäßer Pflanzenschutz	DM 7,—
— Alternativen zum Pestizideinsatz	DM 4,—
— Umweltinformation Niedersachsen	DM 8,50
—	
— Porto/Verpackung	DM 5,—
— Summe	

Wir liefern ausschließlich gegen Scheck oder Nachnahme. Coupon ausfüllen, unterschreiben, Scheck beilegen oder Nachnahme bestellen und absenden an:
CMU-Versand - Gernute v. Müller
Hofstraße 27a - 5650 Solingen 11

- Scheck über DM _____ (incl. DM 5,— Porto/Verpackung) liegt bei.
- Bitte liefern Sie per Nachnahme.

Absender

Datum/Unterschrift

Buchbesprechungen



Die Praktiken der Pharma-Konzerne in Kolumbien

BAYER verharmlost die Nebenwirkung für sein in Kolumbien verkauftes Medikament **ASPIRINA!** Die beigelegte Produktinformation unterscheidet sich von der in der Bundesrepublik... doppelte Standards!

ASPIRINA – ein Präparat aus dem Bereich der Selbstmedikation – wurde zum Mittel gegen mehr oder weniger alles etabliert, es dient mitunter als Zahlungsmittel... Resultat der aggressiven Werbestrategie von BAYER!

Die meisten Menschen in den Ländern der sog. Dritten Welt sterben an Infektionskrankheiten. BAYER und andere Pharma-Konzerne hingegen vernachlässigen die Forschung zur Bekämpfung der Tropenkrankheiten. „In der BRD leisten BAYER, HOECHST, KNOLL und MERCK den größten Beitrag zur Erforschung von Tropenkrankheiten. Ihre Ausgaben für 1979 und 1980 in Höhe von rund 40 Mio. DM nehmen sich gegenüber dem Gesamtforschungsetat der Pharma-Industrie von 2.008 Mio. DM für 1981 relativ bescheiden aus (BBI 1982).“ (A. Wörthmüller, Patienten zweiter Klasse, Seite 163.)

Die Abgabepreise für BAYER-Produkte in Kolumbien orientieren sich am maximal zu erzielenden Gewinn. Sie sind für die meisten Bewohner des Landes unerschwinglich.

Angelika Wörthmüller untersucht in ihrem Buch „Patienten zweiter Klasse“ die „Gesundheitspolitik und Pharmazeutische Industrie in Kolumbien“. Zentrale Fragestellung des Buches ist: Welche Folgen hat die Politik transnationaler Pharma-Unternehmen für ein Land der sog. Dritten Welt? Das Buch, nach einem siebenmonatigen Forschungsaufenthalt in Kolumbien entstanden, hebt Unterschiede in der Marketing-Politik multinationaler Pharma-Unter-

nehmen in Industrie- und Entwicklungsländern hervor. Durch Analyse interner Verkaufsstatistiken und Vergleiche zwischen hiesiger und dortiger Arzneimittelinformation wird aufgezeigt, daß ein und dieselben Unternehmen unterschiedliche Maßstäbe für ein Land der „Ersten“ und ein Land der „Dritten“ Welt anwenden. Schwächen der staatlichen Kontrolle in Kolumbien werden dabei ausgenutzt, Produkte minderer bzw. zweifelhafter Qualität mittels unlauterer Werbepraktiken abgesetzt.

Die Veröffentlichung zeigt ein Bild der Pharma-Multis, jenseits der vielfarbigen Anzeigenserien und Propagandaschriften. Es belegt detailliert und umfangreich, was der Titel verspricht: Die Menschen in Kolumbien sind Patienten zweiter Klasse.

A. Wörthmüller, „Patienten zweiter Klasse“, Gesundheitspolitik und Pharmazeutische Industrie in Kolumbien, 250 Seiten, DM 30,—.△



Der nächste Störfall kommt bestimmt

Durch das Brandunglück 1986 bei SANDOZ in Basel und die nachfolgende Serie bekannt gewordener Störfälle sind die Risiken der chemischen Großproduktion einmal mehr deutlich geworden. Die Herausgeber der „Umweltinformationen für Niedersachsen“ haben dies zum Anlaß genommen und die jüngste Ausgabe ihrer Zeitschrift diesem Thema gewidmet. Am Beispiel Niedersachsen informieren sie ausführlich über das alltägliche Bedrohungspotential der Chemischen Industrie. Sie dokumentieren den Text der Störfallverordnung und berichten über die Entstehung und deren Inhalt. Auch der aktuelle „Anhang der ersten allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Störfallverordnung“ wird dokumentiert.

Breiten Raum nimmt die Darstellung der Kritikpunkte zum Novellierungsentwurf der Störfallverordnung und die Darstellung der Mängel im praktischen Vollzug ein. Eine interne Studie aus dem Bundesumweltministerium wird im Original-Wortlaut vorgestellt, aus der der ganze Umfang des

chemischen Gefahrenpotentials hervor-
geht.

Am Fall BASTA/HOECHST wird bei-
spielhaft gezeigt, daß es für Bürgerinitiativen
und Umweltschützer möglich ist, auf
die Chemiewirtschaft Einfluß zu nehmen.

Der Broschüre liegt eine Karte mit den
Standorten gefährlicher Chemiebetriebe in
Niedersachsen bei.

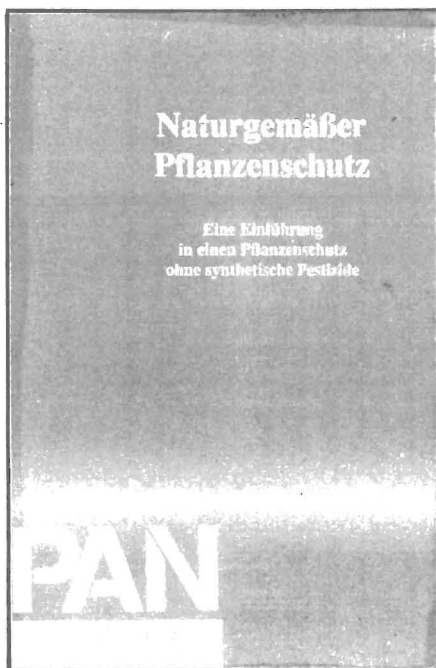
Umweltinformationen für Niedersach-
sen Nr. 20, 68 Seiten, DM 8,50. Δ

– welchen Stellenwert Anästhesie
bzw. Narkose im Tierversuch ein-
nimmt.

Die Autoren nehmen bewußt keine in-
haltliche Bewertung der einzelnen Beispi-
le vor, sondern lassen diese für sich selbst
sprechen. Sie wollen so dem Leser die
Möglichkeit geben, sich über die Situation
in der tierexperimentellen Forschung zu in-
formieren, um sich über die Harmlosigkeit
oder Grausamkeit sowie die Notwendigkeit
oder Sinnlosigkeit der Tierversuche ein Ur-
teil bilden zu können.

In einem Vorwort und in einer zusätz-
lichen Einleitung wird ein allgemeiner
Überblick über die Tierversuchspraxis und
die Kritik daran gegeben. Danach werden
in der Bundesrepublik jedes Jahr zwischen
10 und 14 Millionen Versuchstiere „ver-
braucht“, also 30-40.000 pro Tag.

Müßig zu erwähnen, daß der BAYER-
Konzern an diesem „Verbrauch“ erheb-
lichen Anteil hat. Ist er doch einer der größ-
ten Chemieproduzenten der Welt. Dement-
sprechend finden sich in der Dokumenta-
tion mindestens drei Fälle, bei denen die
Auftraggeberschaft des Konzerns direkt
gegeben ist. Unklar bleibt, ob bei Ver-
suchen „unabhängiger Institute“ BAYER-
Interessen im Hintergrund stehen.



Naturgemäßer Pflanzenschutz

Nach letzten Schätzungen der Weltge-
sundheitsorganisation (WHO) erkranken
jährlich eine Million Menschen an einer Pe-
stizid-Vergiftung. Für unsere Umwelt
wächst die Bedrohung, einen nicht wieder
gutzumachenden Schaden zu erleiden.

BAYER ist einer der größten Pestizid-
Produzenten der Welt. Als Anregung zum
Denken und Handeln in bezug auf einen
umweltverträglichen Pflanzenschutz legt
das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) eine
Broschüre vor, um einen Einblick in natur-
gemäße Schädlingsbekämpfung, insbe-
sondere in sog. „Entwicklungsländern“ zu

geben und damit einen Beitrag zu einer
Landbewirtschaftung zu leisten, die auch
noch zukünftige Generationen mit Nah-
rungsmitteln versorgen kann, ohne ihre
Umwelt zerstört zu haben.

Biologische, biotechnische und physi-
kalische Verfahren der Bekämpfung wer-
den vorgestellt, sowie auf die Bedeutung
von Fruchtfolgen, Bodenbearbeitung und
Feldhygiene eingegangen. Zahlreiche An-
leitungen zum Herstellen von Spritzbrühen
aus pflanzlichen Abwehrstoffen, die ohne
großen Aufwand und Kosten herstellbar
sind, sollen zur Eigenanwendung anregen.
Integrierter Pflanzenschutz und standort-
gerechter Landbau werden besprochen.
Eine Liste von Organisationen und Institu-
tionen im Anhang der Broschüre kann wei-
ter hilfreich sein.

Pestizid-Aktions-Netzwerk, „naturge-
mäßiger Pflanzenschutz“, 46 Seiten,
DM 7,-- Δ

Tierversuche in der BRD

Die „Tierversuchsgegner Nordrhein-
Westfalen“ haben eine Dokumentation
über Tierversuche in der Bundesrepublik
Deutschland vorgelegt. An 100 Beispielen
wollen sie repräsentativ darstellen, welche
Tierversuche auf bestimmten Gebieten
z.Zt. vorgenommen werden.

Die Ausarbeitung soll durchsichtig
machen

- wo Tierversuche stattfinden
- in welchen Bereichen und Zusam-
menhängen Tierversuche durchge-
führt werden
- mit welchen Tierarten und mit wel-
cher Anzahl von Tieren Experimente
gemacht werden
- was mit den Versuchstieren ge-
schieht

Tierversuche in der Bundesrepublik Deutschland

Eine aktuelle Dokumentation

TIERVERSUCHS-
GEGNER
NORDRHEIN-WESTFALEN E.V.

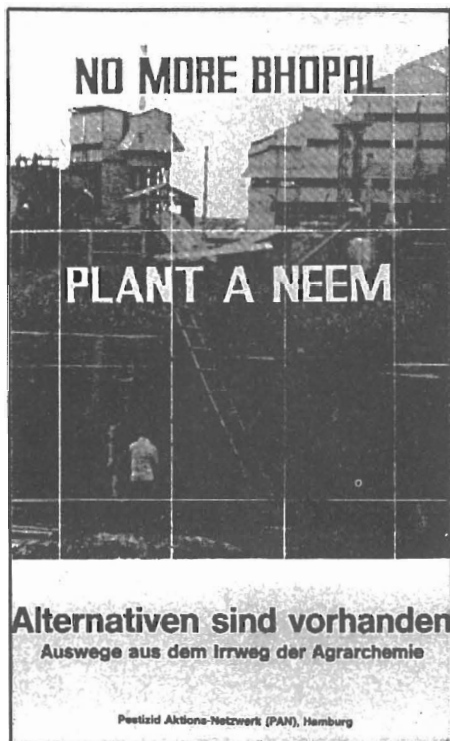
„Tierversuche in der Bundesrepu-
blik Deutschland“, 72 Seiten, DM
8,50 Δ

Alternativen zum Pestizideinsatz

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN)
hat in Zusammenarbeit mit dem „Arbeits-
kreis Natur und Gesellschaft“ sowie dem
„Verein zur Förderung von Landwirtschaft
und Umweltschutz in der Dritten Welt“ ein
Heft herausgegeben, das sich mit Alternativen
zum Pestizideinsatz beschäftigt.

Die Exportstrategie der Pestizid-He-
steller wird u.a. am Beispiel der Firma
BAYER dargestellt. Diesbezüglich heißt es,
der Konzern empfehle in einem internatio-
nalen Prospekt „den Einsatz des Schäd-“

lingsbekämpfungswirkstoffes DISULFOTON für eine breite Palette von Kulturen und gegen eine Vielzahl von Schädlingen. In der Bundesrepublik ist dieser Wirkstoff zwar noch für einen recht speziellen An-



wendungsbereich zugelassen; er hat aber für den hiesigen Markt keine Bedeutung mehr. Ein BAYER-Vertreter erklärte auf Nachfrage, daß der Konzern darauf Wert lege, daß sein Produkt auch hier zugelassen sei und bliebe. Schließlich würden einige Entwicklungsländer bereits überprüfen, ob die einzuführenden Mittel auch im Herstellerland zugelassen seien. Die Weltgesundheitsorganisation WHO führt DISULFOTON in der höchsten Giftklasse der extrem gefährlichen Mittel... "

Pestizide sind aber auch ein Problem bei uns. Zahlen und Fakten erläutern Art und Umfang des Einsatzes. Alternativen werden aufgezeigt. Hier nur einige Begriffe: Ökologischer Landbau, biologisch-dynamischer Land- und Gartenbau, standortgerechter Landbau in der Dritten Welt. ...Am Beispiel von Nicaragua wird ein Projekt zur biologischen Schädlingsbekämpfung vorgestellt.

Immer wieder taucht der Begriff „Integrierter Pflanzenschutz“ auf. Das Heft zeigt auf, wie das von der FAO definierte Konzept der Ultima ratio für den Pestizideinsatz von der Industrie für eigene Propagandazwecke mißbraucht wurde (vergl. Artikel im letzten Heft).

Neben der Erläuterung konkreter Alternativen befaßt sich die PAN-Veröffentlichung mit der Darstellung ihrer eigenen Geschichte. Ein Beitrag ist der weltweiten Kampagne gegen „das dreckige Dutzend“ gewidmet, an der sich auch die „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ beteiligt hatte. Diese Kampagne war und ist darauf ausgerichtet, besonders toxische Pestizide zu verbieten.

Pestizid-Aktions-Netzwerk, „Alternativen sind vorhanden“, Auswege aus dem Irrweg der Agrarchemie, 44 Seiten, DM 4,-. △



Wir über uns
Impressum

Herausgeber
Coordination gegen
BAYER-Gefahren e.V.
Aktiv für mehr Umweltschutz
und sichere Arbeitsplätze
bei BAYER – weltweit.
Hofstraße 27a
D-5650 Solingen 11
(0)212 – 33 49 54

Die „Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.“ ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das von dem multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet.

Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen.

Verlag
Eigenverlag

Redaktion
Stichwort: BAYER
Informationen der
„Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.“
Jägerstraße 78
D-4000 Düsseldorf 1
(0)211 – 22 92 601

V.i.S.d.P.
Axel Köhler-Schnura
Hubert Ostendorf

Layout
Christoph Hill
Frank Hockemeyer
Silke Kröger

Druck
Moos Druck
Moosweg 165
5090 Lernerksen
Satz
HEVO-Fotosatz
Robert-Stolz-Straße 50
4600 Dortmund 13

Anzeigen
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 v. Januar 1987

Nachdruck
Der Nachdruck von Artikeln aus „Stichwort: BAYER“ ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und Belege übersenden.

Konto
Postgüternamt Essen
37 83 83 – 439